

(Beginn: 9.11 Uhr - Ende: 12.50 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 23. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister, sofern sie anwesend sind, und alle Mitglieder des Rates.

Besonders begrüßen möchte ich heute Herrn Stephan Pohl. Er hat nämlich Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Herr Pohl, so, wie es aussieht, kann der Rat Ihnen heute vollzählig gratulieren. Es ist nämlich niemand entschuldigt.

Ich benenne als Stimmzählerinnen und Stimmzähler Herrn Pöttgen, Herrn Götz und Frau Aymaz.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte trotz unseres engen Zeitplans einige wenige Worte zu den aktuellen Vorfällen in Istanbul.

Ich bin tief erschüttert, dass unsere türkische Partnerstadt jetzt innerhalb weniger Monate erneut Ziel eines barbarischen Terrorakts geworden ist. Ich habe gestern meinem Istanbul Amtskollegen, Oberbürgermeister Kadir Topbaş, meine tiefe Anteilnahme ausgesprochen. Zugleich habe ich ihm die Solidarität Kölns versichert. Die Urheber dieses menschenverachtenden Terrorakts müssen einsehen, dass ihre Gewalt uns nicht auseinanderdividieren kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich heute an dieser Stelle auch kurz auf die Vorkommnisse des letzten Wochenendes in Istanbul zu sprechen kommen. Die Vorfälle im Rahmen des Istanbul Pride können ja gerade angesichts des bevorstehenden CSD hier in Köln nicht ganz unkommentiert bleiben.

Ich bin zu dem Istanbul Pride als Oberbürgermeisterin der Partnerstadt Köln eingeladen gewesen. In meiner Vertretung ist Bürgermeister Wolter nach Istanbul gereist, um an den dortigen Veranstaltungen teilzunehmen. Als ich in der *Tageschau* am Sonntagabend sein Gesicht kurz abtauchen sah, habe ich mir natürlich schon die größten Sorgen gemacht, was da geschehen

sein könne. Er hat die Maßnahmen der Polizei miterlebt.

Die Teilnahme von Kölnern an der Demonstration und einigen weiteren Veranstaltungen im Rahmen des Istanbul Pride war ein deutliches Zeichen der Stadt Köln für die Unterstützung der LSBTI-Community überall in der Welt, auch in unserer Partnerstadt.

Die Stadt Köln wird sich auch weiterhin gegen Homophobie, für Akzeptanz und für Menschenrechte in den Partnerstädten einsetzen. Besonders die Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender, die in ihren Ländern unter staatlicher Diskriminierung leiden, bedürfen unserer Unterstützung. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam mit unseren Partnerstädten gegen Hass und Intoleranz kämpfen.

(Beifall)

Daher freue ich mich besonders, dass sich die beiden Istanbul Stadtteile Beşiktaş und Şişli dem Rainbow Cities Network angeschlossen haben, sodass wir jetzt auch eine gemeinsame Strategie gegen Homophobie entwickeln können.

Heute sollten wir mit Rücksicht auf die Opfer des Attentats den Gedanken der Solidarität mit unserer Partnerstadt in den Vordergrund stellen und an die Opfer denken sowie den Familien und den Angehörigen unser Mitgefühl aussprechen. Ich wünsche den vielen Verletzten Kraft und eine schnelle Genesung. - Ich möchte Sie bitten, sich kurz von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wir kommen nun zur Tagesordnung. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet.

Heute steht erst einmal die Beratung und Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2016/2017 auf unserer Tagesordnung. Das ist der Teil A der Sitzung.

Im Anschluss behandeln wir im Teil B die am Dienstag vertagte Vorlage zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung der Punkte 7.2 und 10 vor. Abgesetzt wurde TOP 7.3.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Zum Teil A unserer Sitzung: Es ist üblich, dass, nachdem die Verwaltung bei der Einbringung gesprochen hat, nun die Politik ihre Haushaltsreden hält.

Wie in den Vorjahren ebenfalls üblich, schlage ich vor, die Redezeit für den Teil A dieser Sitzung abweichend von den sonst üblichen 5 Minuten festzusetzen. Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, einmal hier im Rat zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen. Diese verlängerte Redezeit soll dann natürlich auch die sonstigen Punkte und Anträge des Teils A dieser Sitzung erfassen. In der Vergangenheit sind wir dabei regelmäßig mit einer Rederunde ausgekommen, meine Damen und Herren.

Die Redezeit soll, wie auch in der Vergangenheit, nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Ich schlage vor, die Regelungen aus der Haushaltsdebatte im vorigen Jahr leicht zu modifizieren, indem die größeren Fraktionen 5 Minuten und die kleineren Gruppierungen 3 Minuten bzw. 2 Minuten weniger Redezeit erhalten als im letzten Jahr.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Schade!)

- Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein; wie immer. - Konkret schlage ich vor: Die Fraktionen von SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von maximal 20 Minuten, die Fraktion Die Linke. und die Fraktion der FDP von jeweils bis zu 15 Minuten, die Fraktion der AfD von bis zu 12 Minuten sowie die Gruppen und Einzelmandatsträger von jeweils maximal 10 Minuten. Meine Damen und Herren, selbstverständlich können Sie die Redezeit innerhalb einer Fraktion oder Gruppe auch auf mehrere Redner aufteilen.

Sind Sie mit dieser Regelung einverstanden? Gibt es Wortmeldungen dazu? - Dann stelle ich Einvernehmen fest.

Nun zur Reihenfolge der Tagesordnung: Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 2.1 und 6.1 gemeinsam unter TOP 6.1 zu behandeln.

Gibt es von Ihnen Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung und die geänderten Redezeiten für den Teil A abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen, meine Damen und Herren.

Wir beginnen mit dem **Teil A**.

Ich rufe zunächst für die SPD Herrn Börschel auf.

Martin Börschel (SPD): Guten Morgen! Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Pohl, auch von meiner Seite aus herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! Ich wünsche Ihnen alles Gute und hoffe, dass wir Sie heute nicht zu lange belasten müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten heute den Doppelhaushalt der Jahre 2016 und 2017. Ich will zu Beginn ganz offen sagen, dass ich ein derartiges Chaos und eine derart schlechte Vorbereitung auf einen Haushalt aus Sicht der ehrenamtlichen Kommunalpolitik in meiner Zeit hier im Rat noch nicht erlebt habe. Das muss ich leider an den Beginn meiner Rede stellen.

Ich will ausdrücklich sagen, dass sich dieser Vorwurf nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei richtet, denen nach wie vor und wie üblich unser herzlicher Dank für das Bestmögliche gilt.

In diesem Rahmen muss ich aber schon darauf hinweisen, dass man immer nur so gut arbeiten kann, wie es die Rahmenbedingungen, die man vorfindet, und klare Ansagen, die man bekommt, ermöglichen.

Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir insofern schon an dieser Stelle folgenden Hinweis: Ich finde es vermessen, wenn man pauschal Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf Schmerzensgeldempfänger reduziert. Wir haben in dieser Stadtverwaltung ganz überwiegend motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Arbeit gut machen wollen, die ihre Arbeit gut machen und die in allererster Linie eine klare Führung und klare Richtung vermissen. Das ist der Punkt, auf den wir zu sprechen kommen sollten, anstatt pauschale Verurteilungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich nämlich darauf hinweisen, dass wir bei der Haushaltseinbringung in diesem Jahr ein ziemliches Hin und Her hatten. Ich erinnere daran, dass die Stadtkämmerin ursprünglich vorhatte, am 15. Dezember des vergangenen Jahres einen Haushalt für 2016 einzubringen. Die Frau Oberbürgermeisterin hat dann Mitte November 2015 über den Stadtvor-

stand entschieden und ausrichten lassen, dass dieser ursprüngliche Entwurf nichts taugt und dass man deswegen zunächst eine Priorisierung vornehmen müsse, um dann im März 2016 den Haushalt einzubringen.

Schlussendlich - Sie wissen das - hat die Einbringung erst am 10. Mai dieses Jahres stattgefunden. Der Veränderungsnachweis 3, also die endgültige Grundlage, auf der wir ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dann den Haushalt beraten können, lag erst zwei Nächte und einen Tag vor der eigentlichen Haushaltssitzung des Finanzausschusses vor.

Das habe ich in der Tat noch nicht erlebt. So etwas ist insbesondere für die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat eine wirkliche Zumutung.

(Beifall bei der SPD)

Die Folge war Zeitdruck, dem sich alle Kolleginnen und Kollegen hier im Rat aber gestellt haben.

Die Folge waren aber durchaus auch Fehler im eigenen Verwaltungshandeln. Ich erinnere daran, dass es vom Haushaltsentwurf über die Veränderungsnachweise 1 bis 3 zum Beispiel beim Thema Schulmieten ein Rauf und Runter und wieder Rauf gegeben hat und dass es bei der Kulturförderabgabe Probleme gegeben hat, wie viel man nun dotiert. In einem Veränderungsnachweis war es erst so, im Veränderungsnachweis 3 dann wieder anders.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass Sie sich trotz der Hinweise der Bezirksregierung Köln dafür entschieden haben, an der Einbringung eines Doppelhaushalts festzuhalten, statt zwei Einzelhaushalte zu machen, obwohl wegen der verzögerten Vorlage der Jahresabschlüsse die Genehmigung durch die Bezirksregierung erst zu einem Zeitpunkt zu erwarten ist, zu dem das Jahr 2016 so gut wie vorüber ist.

Alle diese Punkte haben die Haushaltsberatungen schwierig gemacht. Sie wollten aber trotzdem ganz bewusst an Ihrer ursprünglichen Entscheidung festhalten. Ich bedaure sehr, dass Sie diesen Fehler, der eigentlich leicht zu korrigieren gewesen wäre, nicht korrigieren wollten.

Wer sich nun die Haushaltsberatungen der letzten Monate im Finanzausschuss und auch die Haushaltsberatungen innerhalb der Stadtverwaltung genauer ansieht - da sieht und hört man ja vieles -, stellt fest, dass wir neben diesen Verfahrensfragen, die ich eben angesprochen habe,

noch ein weiteres Problem haben. Dieses etwas kuriose Problem gibt es wahrscheinlich bis auf Weiteres nur in Köln. Wir haben nämlich zu viele Kämmerer.

Wir haben eine gewählte Kämmerin, die offenkundig das Vertrauen der Oberbürgermeisterin und der finanzpolitischen Sprecher der neuen Koalition nicht genießt und um ihre eigentlich starke Stellung auch nicht mehr kämpft.

Wir haben einen geschäftsführenden Kämmerer, der das Vertrauen der Oberbürgermeisterin genießt, aber völlig unangebunden und frei schwebend agiert und längst die Federführung der Haushaltsberatungen innerhalb der Stadtverwaltung übernommen hat.

Wir haben einen Schattenkämmerer, der von beiden Vorgenannten nichts, von sich selbst dafür aber besonders viel hält und nach öffentlichem Bekunden seiner Frau täglich damit beschäftigt ist, die Stadt zu retten.

(Beifall bei der SPD und pro Köln)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles hat die Sache nicht leichter gemacht. Wenn diese unorganisierte Allzuständigkeit nicht bald aufgelöst wird, wird es auch in Zukunft nicht leichter werden.

An diesem Bermudadreieck von zuständigen oder nicht zuständigen Kämmerern mag es liegen, dass der *Kölner Stadt-Anzeiger* mit Blick auf die Haushaltssitzung des Finanzausschusses schreibt: Es

verstärkte sich der Eindruck, dass im Wirrwarr der Zahlen sowohl der Kämmererei als auch dem Reker-Bündnis die Übersicht verloren gegangen sein muss.

Das ist eine schlichte, aber leider zutreffende Feststellung, die unter anderem aus dem, was ich eben gesagt habe, herrührt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das letzte Mal, dass die Verwaltung dem haushaltstragenden Bündnis bei Deckungen oder Haushaltsanträgen und Ähnlichem derart unter die Arme greifen musste, ist schlappe 13 Jahre her. Damals hießen der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Rolf Bietmann, der finanzpolitische Sprecher der Grünenfraktion Jörg Frank und der Kämmerer der Stadt Köln Peter Michael Soénius.

Ein entscheidender Unterschied von damals zu heute war nur, dass die FDP damals in Gestalt

ihres finanzpolitischen Sprechers Manfred Wolf dieses Verfahren heftig empört zurückgewiesen und kritisiert hat, während Sie von der FDP heute zu diesem Verfahren schweigen, wenn auch - Herr Kollege Breite, ich habe das im Finanzausschuss gesagt - mit durchaus zerknittertem Gesicht und in der sichtbaren Einsicht, dass ein so seriöser Finanzpolitiker, als den ich Sie üblicherweise kenne, eigentlich mit diesem Verfahren nicht zufrieden sein kann.

Frau Oberbürgermeisterin, wenn dies aber so ist, möchte ich schon noch einmal fragen - wir werden das sicherlich an anderer Stelle auch noch miteinander diskutieren können -, was denn aus Ihrem Spruch, aus Ihrer Analyse, aus Ihrer Forderung im Wahlkampf geworden ist und davon übrig geblieben ist, dass in dieser Stadt die Verwaltung nicht länger Politik und die Politik nicht länger Verwaltung machen sollen. Das ist an dieser Stelle sträflich vernachlässigt worden.

(Beifall bei der SPD und pro Köln)

Nun beraten wir also einen Übergangshaushalt, wie Sie ihn selbst nennen, für zwei Jahre. Im Wesentlichen stehen in diesem Haushalt Fortschreibungen und Plananpassungen. Logische Folge dieses Vorhabens, das Sie hier vorgelegt haben, ist, dass Sie Schwerpunkte vergangener Jahre übernommen haben - vor allem bei Bildung und Sozialem. Das will ich ausdrücklich als positiv anerkennen. Diesen Teil Ihrer Entscheidung finden wir von der sozialdemokratischen Fraktion richtig.

Dass Sie damit gleichzeitig die Chance vertan haben, dem Haushalt schneller eine eigene Prägung zu geben, was dann logischerweise erst 2018 möglich ist, ist Ihre Entscheidung. Das ist nicht weiter zu kritisieren. Uns hätte aber nach dem, was Sie sowohl im Wahlkampf als auch in Interviews danach gesagt haben, natürlich schon interessiert, schneller zu erfahren, wo eigentlich Ihre Schwerpunkte liegen. Da werden wir uns noch ein bisschen gedulden müssen. Sei es drum!

Gleichzeitig liegt nach Ihrem eigenen Bekunden die eigentliche Herkulesaufgabe noch vor Ihnen; denn die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts ist nur die absolute Minimalaufgabe. Ziel muss ein strukturell ausgeglichener Haushalt sein.

(Unruhe bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das hören wir auch von Ihnen, Frau Stadtkämmerin und Frau Oberbürgermeisterin, immer wieder. Wir sind jetzt gespannt darauf, zu sehen, wie Sie diese Schwerpunkte in den nächsten Jahren setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind außerdem bewusst ein Risiko eingegangen, auf das ich auch zu sprechen kommen will. Durch die deutliche Reduktion der Planwerte gehen Sie nämlich das Risiko ein, dass Sie über überplanmäßige Ausgaben den Haushaltsentwurf, den Sie heute einbringen, schneller Makulatur werden lassen, als Ihnen lieb sein kann.

Ich erinnere hier an das Thema Schulbauten. Sie haben die Ansätze für Schulbauten massiv reduziert. Sie haben auch die Ansätze für die wirtschaftliche Jugendhilfe entgegen den Planungen der Fachverwaltung deutlich herabgesetzt und gehen genau dieses Risiko von überplanmäßigen Ausgaben bewusst ein. Im schlimmsten Fall - Herr Kollege Petelkau hat das im Finanzausschuss ja auch gesagt - müssen Sie sogar einen Nachtragshaushalt machen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Aber nicht in dem Zusammenhang!)

Dies sehenden Auges bereits bei der Haushaltsaufstellung zu machen, widerspricht den Grundsätzen von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Ich bin sehr gespannt darauf, wie die Bezirksregierung diese Umstände bei der Genehmigung dieses Haushalts bewertet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hätten uns von der SPD-Fraktion angesichts dieser dargestellten Umstände die Sache relativ einfach machen können. Wir haben uns trotzdem der Aufgabe gestellt und den Haushalt intensiv beraten. Allen Beteiligten, die sich ehrenamtlich hier im Rat engagieren, danke ich angesichts dieser Umstände dafür, dass sie sich dieser Aufgabe in extrem kurzer Zeit gestellt haben. Das ist alles andere als selbstverständlich. Es ist aber gut und richtig, dass wir das so gemacht haben.

Wir sind - auch das will ich sagen - zu dem Schluss gekommen, dass dieser Haushalt bei ein bisschen Kompromissbereitschaft auf allen Seiten im Grundsatz einigungsfähig ist. Ausschließlich zwei Punkte waren für uns von der SPD sogenannte No-Gos. Diese beiden Punkte waren für uns K.-o.-Kriterien, die zwingend erfüllt sein müssen, damit die SPD diesem Haushalt zustimmen kann. Beide Punkte sind Ihnen bekannt. Dabei handelt es sich nämlich zum einen um den Brandschutzbedarfsplan und zum ande-

ren um die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten. Zu beidem will und muss ich an dieser Stelle natürlich auch noch etwas sagen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grünen, FDP und Deinen Freunden, beim Brandschutzbedarfsplan spielen Sie im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Feuer. Es geht hier um Schutz bei Katastrophen, bei Bränden, bei Unfällen und bei Großveranstaltungen. Es ist tatsächlich ein riesiger Fehler - damit gehen Sie nämlich ein hohes Risiko ein -, hier bewusst nicht den Brandschutzbedarfsplan nicht zu beschließen und zu vertagen, sondern darüber hinaus - das ist fast sogar noch schlimmer - die Mittel zur Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans mit dem Beschluss, den Sie heute fassen wollen, so deutlich zu reduzieren, dass er auch dann nicht mehr umgesetzt werden kann, wenn Sie ihn später doch noch beschließen sollten, weil Sie die Mittel für 2016 um 70 Prozent und für 2017 sogar um 85 Prozent kürzen. Das ist in der Kombination der tödliche Cocktail für diesen Brandschutzbedarfsplan.

Jeder, der behauptet: „Vertagen ist ja nicht so schlimm; man kann ihn später noch beschließen, und dann wird alles gut“, streut den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen; denn so geht es gerade nicht. Das Instrument der überplanmäßigen Ausgaben steht nur der Stadtverwaltung und eben nicht dem Rat der Stadt Köln zur Verfügung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie könnten das nur über einen Nachtragshaushalt regeln. Ob Sie das in diesem Fall machen wollen, weiß ich nicht. Diesen Zusammenhang dürfen Sie aber nicht negieren. Das wäre unseriös. Darauf müssen wir hier auch hinweisen, finde ich.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, dass die Landesregierung die Rahmenbedingungen zur Aufstellung eines Brandschutzbedarfsplans sogar noch einmal verschärft hat. Die Berufsfeuerwehr hat diesen Brandschutzbedarfsplan vorgelegt. Auf unseren gemeinsamen Wunsch hin ist dieser Brandschutzbedarfsplan 2015 noch einmal extern gutachterlich überprüft worden. Das ist - ich will das ganz klar sagen - bei einer Aufgabe und Ausgabe dieser Größenordnung auch legitim und angemessen.

Aber Gutachten in Auftrag zu geben, um sie dann bewusst zu ignorieren,

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Angemessen zu würdigen!)

ist doch ein Problem, das in Köln nicht Schule machen sollte. Die Stadtverwaltung hat ihren Brandschutzbedarfsplan auf Grundlage dieses Gutachtens angepasst - es hat einige, wenn auch kleinere, Korrekturen gegeben - und uns auf dieser Grundlage dann einen angepassten Brandschutzbedarfsplan vorgelegt.

Sie wissen ganz genau, dass die Stadt Köln unter allen bundesdeutschen Großstädten nach Hamburg das größte Risikopotenzial hat. Das liegt unter anderem am Rhein, am Autobahnring, an unseren Güterbahnhöfen, an den Raffinerien, am Flughafen usw. usf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses sollten Sie nicht ignorieren - genauso wenig, wie Sie ignorieren sollten, dass die Feuerwehrlaute der Berufsfeuerwehr in Köln jährlich 200 000 Überstunden anhäufen, deren Abbau Sie nicht genehmigen wollen. Das ist nicht in Ordnung. Das ist eine Missachtung sowohl der Berufsfeuerwehr als auch der freiwilligen Feuerwehren in Köln.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt, über den wir viel gesprochen haben, uns am Ende aber nicht einigen konnten, sind die Elternbeiträge. An dieser Stelle will ich den Kollegen Zimmermann ansprechen; denn er war - das muss ich zu seiner Ehrenrettung sagen - in der letzten Ratssitzung zumindest von den haushaltstragenden Fraktionen und Gruppen der Einzige, der präzise und korrekt die Situation um die Elternbeiträge dargestellt hat.

Ich will das noch einmal klar und schlicht zusammenfassen. Es ist korrekt, dass es vonseiten des Landes Nordrhein-Westfalen eine Pflicht gibt, Eltern für eine Dauer von 12 Monaten beitragsfrei zu stellen. Genauso korrekt ist, dass das Geld, das das Land Nordrhein-Westfalen der Stadt Köln für genau diesen Zweck der Elternbeitragsfreiheit überweist, durch puren Zufall aufgrund der Beitragstabelle, die wir hier in der Stadt Köln haben, für 18 Monate reicht.

Wir haben seinerzeit bewusst die politische Entscheidung getroffen, zu sagen: Die Zweckbindung dieses Geldes ist keine juristische, aber eine faktische und eine moralische.

Dieses Geld gibt NRW, damit es bei den Eltern ankommt. Dieses Geld gibt NRW, damit die Eltern in Köln entlastet werden. Deswegen halten wir es für eine Zweckentfremdung von Landesmitteln, wenn man dieses Geld einkassiert und für allgemeinpolitische Zwecke eines neuen Haushaltsbündnisses zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Das Ganze ist auch bildungspolitisch falsch, weil wir es uns doch gemeinsam zur Aufgabe machen müssen, die gesamte Bildungskette von der frühkindlichen Betreuung bis zur Hochschule beitragsfrei zu stellen. Jede Chance, die man uns gibt, sollten wir nutzen, auf diesem Weg eklatante und wichtige Schritte voranzukommen. Daran halten wir fest.

Dass das Land Nordrhein-Westfalen selbstverständlich weitere Schritte machen sollte, um die Kommunen bei diesem Weg zu unterstützen, halte ich für ganz klar.

Ich kann Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, aber auch FDP sagen: Ich habe mit Freuden Ihre Haltung hier im Rat der Stadt Köln in den Landtag Nordrhein-Westfalen weitergetragen; denn in NRW - das will ich ganz ehrlich sagen - ist die SPD derzeit die einzige Partei, die möchte, dass es bei der Beitragsfreiheit in den Kitas weitergeht. CDU, Grüne und auch FDP halten das in Nordrhein-Westfalen bisher für überflüssig. Ich danke Ihnen sehr dafür, dass Sie uns diesen Rückenwind aus Köln mit nach Düsseldorf geben. Ihre Kolleginnen und Kollegen werden das sicherlich mit Freude vernehmen.

Ihre Entscheidung ist allerdings auch familienpolitisch falsch; denn Sie belasten tatsächlich die Eltern in dieser Angelegenheit durch die Rücknahme der Beitragsfreiheit. Alle Studien, die sich mit diesem Thema beschäftigen, haben ergeben, dass insbesondere der Mittelstand, also diejenigen Familien, in denen durch Erwerbsarbeit ein durchschnittliches Einkommen hereinkommt, durch Steuern, Abgaben und Gebühren relativ zu ihrem verfügbaren Einkommen am stärksten von allen Bevölkerungsgruppen betroffen sind, die es in der Republik und damit auch in Köln gibt. Ausgerechnet Sie wollen diesen überproportional belasteten Mittelstand durch Ihre heutige Entscheidung weiter belasten. Das ist ein familienpolitisch falsches Signal;

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen der Linken)

denn bei CDU, Grünen, FDP und Deinen Freunden ist man schon ab 36 813 Euro Bruttofamilieneinkommen pro Jahr Besserverdiener. Genau diese Bevölkerungsgruppe belasten Sie bereits mit über 740 Euro pro Jahr mehr, und zwar netto. Das ist nicht in Ordnung. Das ist das familienpolitisch falsche Signal, von dem ich eben sprach.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

In diesem Zusammenhang will ich ein Letztes sagen. Wir halten es auch standortpolitisch für ein falsches Signal. Es ist noch nicht lange her, dass sich auch CDU und FDP hier im Rat damit zu profilieren versuchten, dass sie - wie wir finden, zutreffend - gesagt haben: Sowohl Familien als auch Firmen achten immer mehr darauf, wie sich die Bildungssituation und auch die Beitragsituation darstellen. Das spielt bei der Entscheidung, wo Familien eine Heimat nehmen möchten, zunehmend eine Rolle. Wir halten es für richtig, auch ein standortpolitisches Signal zu setzen, indem wir hier so weit, wie wir es mit Landesmitteln finanzieren können, die Beitragsfreiheit anbieten. - Das ist also auch standortpolitisch von Ihrer Seite aus ein Fehler.

Es ist deswegen kein Wunder - Sie versuchen das ja immer wieder zu negieren -, dass unter anderem der *Kölner Stadt-Anzeiger* und die *Kölnische Rundschau* völlig zutreffend schreiben, dass tatsächlich Familien die einzige Bevölkerungsgruppe sind, die durch Ihren Haushaltsabschluss belastet werden. Das ist so schlicht wie wahr. Dieser Wahrheit müssen Sie ins Auge blicken, wenn Sie heute diese Beschlüsse fassen.

Lassen Sie mich abschließend in diesem Kontext noch Folgendes sagen: Es geht eben nicht - und das ist ja Ihr Mantra, mit dem Sie versuchen, Ihre Entscheidung als alternativlos darzustellen - um ein Entweder-oder von Beitragsfreiheit und Qualität in der frühkindlichen Bildung, sondern es geht nach unserer festen Überzeugung um ein Sowohl-als-auch.

Dass die Rücknahme der Beitragsbefreiung, die Sie heute beschließen wollen, im Haushaltsjahr 3,4 Millionen Euro ausmacht - bei einem Gesamtvolumen von 4 Milliarden Euro -, zeigt eindeutig, dass Ihre Behauptung, es nicht zu können, falsch ist. Richtig ist: Sie wollen es nicht.

Das ist der entscheidende Unterschied. Und das ist der Fehler, den Sie an dieser Stelle machen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben sich genauso wie die Frau Oberbürgermeisterin öffentlich mehrfach eine breite Mehrheit mit der SPD für den Haushalt gewünscht. Ich wiederhole noch einmal das, was ich eben gesagt habe. Sie wissen - das haben wir auch besprochen -, dass wir in vielen Punkten Einigkeit hatten oder bei etwas Kompromissbereitschaft hätten erzielen können. Einzig diese beiden Punkte waren es,

die uns dazu bewogen haben, an dieser Stelle dem Haushalt nicht zustimmen zu können, ohne dass es weitere Gespräche hätte geben müssen und können.

Sie haben sich dennoch bewusst dafür entschieden, beide Punkte so zu belassen. Sie haben sich bewusst dafür entschieden, einen großen Scheck auszustellen, den die Eltern und die Kölner mit einem Verlust an Sicherheit bezahlen müssen - und übrigens auch die Feuerwehrleute, die auf einem Berg von Überstunden sitzen bleiben. Das ist Ihre Entscheidung, für die Sie heute die Verantwortung übernehmen müssen.

Ich kann Ihren parteipolitischen Ansatz, mit dem heutigen Haushaltsbeschluss die Reker-Koalition zusammenzuhalten, nachvollziehen. Verstehen kann ich ihn nicht; denn jetzt bei einer vermeintlich leichten Aufgabe eine breite Mehrheit für den Haushalt zu schmieden, wäre mit Blick auf die künftigen Jahre und die künftigen Herausforderungen eine echte Führungsaufgabe gewesen - eine Führungsaufgabe der Oberbürgermeisterin und eine Führungsaufgabe der schwarz-grünen Koalition, die sich ja zusammengetan haben, um Köln zu führen. Aus dieser Führung entspringt auch die Pflicht zur Führung.

Dem sind Sie mit Blick auf eine parteipolitisch motivierte Entscheidung nicht gerecht geworden. Köln fehlt es insgesamt an Führung. Köln fehlt es an Richtung. Dem sind Sie heute nicht gerecht geworden. Das ist zum Schaden unserer Stadt und zum Schaden unserer Bürgerinnen und Bürger. Und das bedauern wir sehr. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD sowie Beifall bei der Linken und der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, bitte.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich darf mich zunächst einmal für den Applaus bedanken, wenn ich nach oben ans Rednerpult gehe - das als kleine Ouvertüre demokratischen Zusammens-

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, meine Rede mit einem Dank zu starten, nämlich einem Dank

an die Verwaltung dafür, dass sie uns einen Haushaltsentwurf vorgelegt hat, mit dem man arbeiten kann. Das war in den letzten Jahren eher schwierig; denn dort musste die Politik die Verwaltungstätigkeit übernehmen, weil der damalige Oberbürgermeister nicht die Kraft hat, selber in der Verwaltung Akzente zu setzen, was die Planungswünsche der Dezernate angeht, die zwar berechtigt sind, aber in einem Haushaltsaufstellungsprozess und Haushaltskonsolidierungsprozess dann auch korrigiert werden müssen.

Das hat die Oberbürgermeisterin mit der Kämmerin und der Kämmereiverwaltung geschafft. Dafür müssen wir dankbar sein; denn wir haben eine ganze Menge an Herausforderungen vor uns, meine Damen und Herren. Wir dürfen nämlich nicht nur dieses Jahr und nächstes Jahr betrachten.

Was die Entnahmekquote angeht, sind wir zwar noch nicht im grünen Bereich, haben aber einen deutlichen Fortschritt gemacht. Als wir im Dezember 2015 erste Zielvorstellungen für diesen Haushalt gehört haben, waren andere Größenordnungen, die nicht genehmigungsfähig gewesen sind, in der Diskussion. Heute haben wir einen Entwurf, der bei der Entnahmekquote deutlich näher an den 4 Prozent als an den 5 Prozent liegt.

Das ist wichtig, meine Damen und Herren; denn wir können und dürfen im Interesse der nachfolgenden Generationen den Haushalt nicht Jahr für Jahr so weit belasten, dass für die Zukunft, für die jungen und nachwachsenden Generationen, künftig kein Spielraum mehr besteht.

Im Ruhrgebiet sehen wir, wohin diese Entwicklung geführt hat. Dort gibt es Städte, die überhaupt keinen Spielraum mehr haben und keine freiwilligen Leistungen anbieten können. Das können und dürfen wir nicht als Zielfoto akzeptieren.

Deshalb bin ich ganz bei unserer Oberbürgermeisterin, wenn sie sagt, dass wir gemeinsam schauen müssen, wie wir strukturelle Veränderungen vornehmen können. Strukturelle Veränderungen bedeuten insbesondere, dass wir auf der Einnahmeseite gucken müssen, wie wir gemeinsam Köln so attraktiv machen, dass wir hier noch mehr Unternehmen ansiedeln, und den Kölner Unternehmerinnen und Unternehmern die Chance geben, so zu wachsen, dass auch die Steuerkraft in Köln überproportional wächst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dafür ist es allerdings auch erforderlich, dass auf Landesebene endlich etwas passiert; denn NRW ist unter allen Bundesländern bei der wirtschaftlichen Entwicklung leider momentan das Schlusslicht. Das muss sich ändern; denn wir sind auch hier in der Region darauf angewiesen, dass NRW wieder auf den Wachstumspfad zurückfindet und dass wir alle entsprechend nach vorne kommen.

Herr Kollege Börschel hat gesagt, die SPD könne sich diesem Haushalt nicht anschließen, weil er schwierige Punkte enthält. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Die SPD sucht seit einem halben Jahr ganz bewusst die Fundamentaltalopposition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, damit stellen Sie sich in den nächsten Jahren komplett ins Abseits.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie haben mit Ihrer Nichtakzeptanz des Messe-Vergleichs gezeigt, dass Sie nicht mehr bereit und in der Lage sind, Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen. Als Sie sich am Dienstag dieser Woche beim Thema Flüchtlingsunterbringung kraftvoll enthalten haben, haben Sie auch gezeigt, dass Sie sich bei diesem Thema davonestehlen. Und das ist nicht gut.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Genauso weigern Sie sich heute wieder, Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen. Sie haben zwei Themen herausgepickt, bei denen Sie genau wissen, dass dort bezüglich der Kosten Probleme bestehen, sie entsprechend nachhaltig unterzubringen.

Zum ersten Thema: Was die Elternbeitragsserhöhung angeht, haben Sie natürlich nicht recht, Herr Börschel. Es gibt zwar eine zusätzliche Belastung der Eltern, deren Kinder die Einrichtungen besuchen. Was Sie aber immer verschweigen, sind all die Kinder, die eben keinen Platz finden und für die wir Geld brauchen, damit sie in der OGTS und im Kindergarten versorgt werden können. Wir können und dürfen nicht nur Politik für diejenigen machen, die einen Platz haben und im System sind, sondern müssen auch an die Armen denken, die bisher nicht im System sind und die wir hineinholen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Wenn wir sie hineinholen wollen, dann brauchen wir eine nachhaltige Finanzierung. Wir haben gerade in diesem Ausgabenbereich ein erhebliches Wachstum. Das ist auch das Verdienst der Oberbürgermeisterin. Um das Ganze nachhaltig zu gestalten, haben wir aber im politischen Veränderungsnachweis hier entsprechend Mittel zugesetzt, die wir nachhaltig finanzieren wollen. Was bedeutet es denn, wenn wir es nicht nachhaltig finanzieren? Das bedeutet, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt deutlich höhere Erhöhungen vornehmen müssen. So wissen alle Eltern Bescheid.

Das Geld, das die Eltern - über die sozial verträglichen Regelungen abgedeckt - dazu beitragen, nutzen wir sinnvoll. Wir nutzen diese zusätzlichen Einnahmen nämlich, um sowohl die Qualität als auch die Zahl der Plätze nicht nur im OGTS-Bereich, sondern auch im Kitabereich entsprechend auszubauen.

Und das ist das Entscheidende. Wir dürfen nicht nur auf diejenigen gucken, die bereits im System drin sind, sondern müssen das System auch größer machen und mehr Kindern die Möglichkeit geben, hier eine vernünftige Betreuung zu bekommen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Zum zweiten Thema: Der Brandschutzbedarfsplan - das wissen Sie auch - hängt vor allen Dingen daran, dass die Verwaltung in Person des Herrn Stadtdirektors - der in diesem Moment auch gar nicht an der Debatte teilnimmt - nicht in der Lage war, innerhalb von zwei Jahren diese Vorlage, die die Politik ihm zurückgespielt hat, vernünftig umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wenn wir das Gutachten zum Brandschutzbedarfsplan erst am 9. Juni dieses Jahres auf den Tisch bekommen - die Vorlage ist vorher vorgelegt worden, aber das Gutachten ist später gekommen -, dann fehlt der Politik die zeitliche Möglichkeit, das Ganze vernünftig und sauber zu beraten.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Sie haben die Haushaltsmittel aktiv gekürzt, Herr Kollege!)

Und wenn Sie hier genau hinschauen, dann sehen Sie, dass wir immer gesagt haben: Wir haben Beratungsbedarf.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, Sie streichen das Geld!)

Wir haben Beratungsbedarf. Beispielsweise hat der Gutachter gesagt - das wissen Sie auch -, dass grundsätzlich der Personalanpassungsfaktor überhaupt nicht in den Brandschutzbedarfsplan hineingehört, sondern dass das eine Aufgabe der laufenden Verwaltung ist und kontinuierlich gemacht werden muss. Das wird hier ignoriert. Die Feuerwehr hat gesagt: Ja, wir können das so machen.

Ich möchte jetzt gar nicht die einzelnen Details aufführen, was nun erforderlich ist und was nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Das kann ich mir denken!)

Wir wollen eine angemessene Diskussion haben.

(Martin Börschel [SPD]: Aber das Geld kürzen Sie vorher!)

- Ich kann hier nur das wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe. Sie nutzen meine Zitate immer so, wie es Ihnen passt, und stellen sie in einen anderen Zusammenhang. Hinsichtlich des Brandschutzes habe ich aber gesagt: Diese Stadt ist sicher - das wird Herr Feyrer sicherlich bestätigen - und wird auch sicher bleiben.

Wir werden nach der Sommerpause in die Beratungen über den Brandschutzbedarfsplan einsteigen und dann einmal schauen, wie wir das entsprechend regeln können.

(Martin Börschel [SPD]: Das soll seriös sein?)

- Das ist genau die Vorgehensweise, die einer derartigen Thematik angemessen ist. Sie dürfen nicht immer wieder von Ihren Versäumnissen ablenken. Sie haben in den letzten zehn Jahren in dieser Stadt Verantwortung getragen, und Sie haben dieses Thema überhaupt nicht angepackt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ihr Stadtdirektor hat nach 1996 im Jahre 2014 dann endlich einmal einen Plan vorgelegt. Diesen Plan haben Sie selber wieder einkassiert und gesagt, dass wir noch ein Gutachten brauchen. Die Erstellung des Gutachtens hat dann zwei Jahre gedauert. Warum so etwas zwei Jahre dauert, weiß auch kein Mensch. Jetzt liegt das Gutachten aber vor. Und dann soll der Politik noch nicht einmal Zeit gegeben werden, es vernünftig zu beraten?

Meine Damen und Herren, das kann nicht der richtige Ansatz sein. Wir wollen das machen. Wir wollen hier eine ordentliche Beratung durchführen.

Es gibt auch viele Themen, die dort nur rudimentär behandelt sind. Ich nenne hier nur das ganze Thema der freiwilligen Feuerwehren. Schauen Sie sich einmal vor dem Hintergrund der Aufgabenschwerpunkte an, wie viel Geld für die Berufsfeuerwehr zur Verfügung gestellt werden soll und wie wenig Geld es für die freiwilligen Feuerwehren geben soll.

Diese Themen müssen auf den Tisch. Sie müssen beraten werden. Dann werden wir sehen, wie wir das nach der Sommerpause intensiv diskutieren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal zu den Schwerpunkten zurückzukommen. In der Tat - ich habe es gerade schon angesprochen - stehen in den nächsten Jahren wichtige Vorhaben an, die wir hier voranbringen müssen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, Spielräume zu schaffen. Spielräume schafft man nur, wenn man strukturelle Veränderungen vornimmt.

Was die strukturellen Veränderungen angeht, bin ich unserer Oberbürgermeisterin sehr dankbar dafür, dass sie das Thema Verwaltungsreform als Chefsache ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir werden als CDU-Fraktion auch heute noch einmal das Versprechen erneuern, dass wir das sehr konstruktiv und sehr stark unterstützend begleiten werden.

In einer Modernisierung der Verwaltung sehen wir einerseits die Chance, die Arbeitsabläufe für die einzelnen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung so zu optimieren, dass die Arbeitslast besser verteilt wird. Es ist nämlich ein Teil der Problematik, die wir zurzeit haben, dass die Arbeitsbelastung von Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung sehr unterschiedlich ist. Es gibt einzelne Fachbereiche, in denen die Kolleginnen und Kollegen vor lauter Überstunden gar nicht mehr wissen, wie sie die Sachen voranbringen können. Da reden wir über erhebliche Dimensionen. So ist im Ausländeramt eine kurzfristige Entlastung wirklich dringend erforderlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem haben wir in den letzten Jahren - dazu haben gerade der Stadtdirektor und die alten, verkrusteten Strukturen beigetragen - eine ungeahnte Tendenz der Zentralisierung erlebt. Und

was ist besser geeignet, die Motivation des Einzelnen kaputt zu machen, als ihn in eine Situation zu bringen, in der er keine Entscheidungsfreiheit mehr hat? Deshalb muss Teil des Gesamtkonzeptes sein, dass der einzelne Mitarbeiter vor Ort, egal ob in den Bezirksämtern oder in den Teilverwaltungen, mehr Entscheidungskompetenz bekommt. Das ist der höchste Motivator für die Menschen, auch jeden Tag mit Freude zur Arbeit zu gehen und dort neue Schwerpunkte zu setzen.

Wenn ich mir den aktuellen Krankenstand von fast 8 Prozent ansehe, sage ich ganz klar: Hier besteht Nachholbedarf.

Dann ist auch die Aussage der Oberbürgermeisterin in dem WDR-Interview verständlich. In der Tat muss es gelingen, alle Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung so zu motivieren, dass sie jeden Tag mit einem guten Gefühl zur Arbeit gehen und sagen: Meine Tätigkeit macht Spaß, und ich bin stolz darauf, bei dieser Verwaltung zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, das ist eine ganz wichtige Voraussetzung für eine Erneuerung der Verwaltungsstruktur.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es reicht aber nicht aus, nur diese Dinge voranzubringen. Wir müssen auch Schwerpunkte beispielsweise in Bezug auf eine bessere elektronische Vernetzung setzen. Hier nenne ich immer das Beispiel der Bauakte. Heute produzieren nahezu alle Architekten ihre Pläne in elektronischer Form. Sie drucken sie dann aus, bevor sie die Akte einreichen. Damit fängt das Problem an; denn mittlerweile müssen verschiedenste Teile der Stadtverwaltung dazu gehört werden, weil die rechtliche Situation heute eine andere ist als noch vor 20 Jahren.

Wenn man nur einen Plan hat, muss man sequenziell arbeiten, also hintereinander. Das erste Amt stellt seine Rückfragen und macht schließlich seinen Stempel drauf. Dann geht die Akte zum nächsten Amt, das wieder Rückfragen hat, usw. usw. Das dauert. Dies ist kein Vorwurf an die Kolleginnen und Kollegen, sondern liegt einfach in der Natur der Sache.

Wenn es eine elektronische Bauakte gibt, kann jeder parallel daran arbeiten. Man sieht sofort, wo ein Kollege Bedenken hat, und kann das in seine eigene Entscheidung mit einbeziehen. Das sind Dinge, die die Verwaltung nach vorne bringen.

Dies müssen wir genauso anstoßen wie das Thema Wirtschaftsförderung. Köln hat eine begnadete Lage in Europa und ist durch seine Kultur und seine gesamte Konstellation gut aufgestellt. Trotzdem schaffen wir es vielfach nicht, Europazentralen von asiatischen, lateinamerikanischen und anderen Unternehmen nach Köln zu holen. Da haben wir Verbesserungsbedarf. Hier muss sich etwas ändern. Das wollen wir angehen.

Wir haben als CDU und als Grüne zusammen mit der FDP aber auch einige kleinere Korrekturen vorgenommen und Schwerpunkte gesetzt.

Ein Punkt, der uns in den letzten Jahren immer wichtig gewesen ist, ist die Kulturförderung. Wir haben 1 Million Euro für die freie Szene zugesetzt, weil wir glauben, dass wir durch diesen Mitteleinsatz eine Vielzahl von zusätzlichen Impulsen auslösen können; denn Köln lebt durch seine freie Szene. Das ist der Humus, aus dem die Identität unserer Stadt wächst, meine Damen und Herren. Deshalb ist es wichtig, diesen Akzent zu setzen und nicht nur die Institutionen wie die Oper zu fördern, die reichlich Geld bekommt, sondern auch die freie Szene.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Einen zweiten Bereich halten wir ebenfalls für einen Schwerpunkt und wollen wir stärker gefördert sehen, weil er für die Entwicklung unserer Stadt wichtig ist, nämlich den Verkehrsbereich. Wir haben hier im Rat als Kooperationsbündnis Beschleunigungsaufträge gegeben, weil wir den Durchsatz auf den Hauptverkehrsstraßen erhöhen wollen. Hierfür ist es erforderlich, dass die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, damit die maroden Ampelanlagen endlich saniert werden und wir einen Zentralrechner bekommen, der in der Lage ist, morgens, wenn die Leute in die Stadt hineinfahren, eine andere Ampelschaltung vorzunehmen als abends, wenn die Leute wieder aus der Stadt herausfahren. Das ist moderne Verkehrspolitik, meine Damen und Herren. Das gehört auch mit dazu.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Es gehört aber auch mit dazu - damit komme ich noch einmal auf einen bereits angesprochenen Punkt zurück -, dass das Geld, das wir durch höhere Kindergartenbeiträge einnehmen, dann auch konkret in den Ausbau fließt. Das haben wir mit unserem Veränderungsnachweis sichergestellt und mit vielen kleinen Einzelmaßnahmen

auch dafür gesorgt, dass hier entsprechende Akzente gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal einen Dank an die Kämmerei und die Oberbürgermeisterin dafür aussprechen, dass auch die Tarifierhöhungen bei den freien Trägern im Haushalt abgebildet worden sind; denn die dort tätigen Menschen wollen ebenfalls an der Einkommensentwicklung teilhaben. Es ist wichtig, dass wir hier nicht eine Zweiklassensituation schaffen und damit einen Druck dahin gehend erzeugen, nur noch Kräfte einzustellen, die nicht tariflich gebunden sind. Eine solche Entwicklung wollen wir in Köln nicht haben. Deshalb begrüße ich es sehr, dass hier auch entsprechende Akzente gesetzt worden sind.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ein weiterer Punkt, der genauso wichtig ist, ist generell die Frage - das möchte ich hier zum Ende meiner Rede noch einmal sagen -, ob wir den Spielraum, den wir als Politik haben, immer ausnutzen müssen. Meine Damen und Herren, wollen wir eine Haushaltssituation haben, die sich immer an der maximalen Entnahmerquote von 5 Prozent ausrichtet? Da kann ich Ihnen ganz klar sagen: So etwas ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen einen Haushalt haben, der nachhaltig wirkt und der nicht erratisch ist, weil in einem Jahr ein Geldbetrag da ist und im Jahr darauf das Geld wieder fehlt, sodass wir dann Kürzungen vornehmen müssen.

Genau vor diesem Hintergrund haben wir auch gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern und Haushaltspartnern darauf verzichtet, die Kulturförderabgabe komplett auszuschöpfen. Wir haben uns auf 5 Millionen Euro beschränkt, die wir hier pro Jahr investieren, weil wir die Nachhaltigkeit dieser Finanzierung nicht gegeben sehen. Wir wollen, dass dieses Geld damit insgesamt in die Konsolidierung hineinfließt. Das ist ein wichtiger Punkt im Bereich der Kultur.

Lassen Sie mich jetzt noch einmal auf die Kindergartenbeiträge zurückkommen. Ja, hier hätte sicherlich Spielraum bestanden, auch etwas zurückzunehmen. Das wäre aber nicht nachhaltig gewesen; denn wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung im Jahr 2019 trotz der Beitragserhöhungen, die wir hier vornehmen, immer noch keine Zahl, die unter 5 Prozent liegt. Wir dürfen es den Menschen nicht zumuten, dass wir nach Kassenlage eine Entlastung vornehmen, die wir im nächsten oder übernächsten Jahr wieder zurücknehmen müssen. Das dürfen wir weder im

Sportbereich noch im Kulturbereich noch im Sozialbereich durchgehen lassen. Deshalb wollen wir an dieser Stelle keinen falschen Anreiz setzen.

Wenn sich im Rahmen der Gesamtkonsolidierung in den nächsten Jahren die Möglichkeit ergibt, Spielräume zu schaffen, kann man über vieles reden - über viele Bereiche.

Zu diesen Bereichen, über die wir vor allen Dingen auch reden müssen, gehört der Sportbereich. Wir haben im Sportbereich Zusetzungen vorgenommen, weil wir glauben, dass hier Akzente gesetzt werden müssen. Köln ist und bleibt eine Sportstadt. Wir wollen die sportliche Entwicklung in der Stadt weiter fördern - über das von der Verwaltung bisher vorgeschlagene Maß hinaus.

Wenn ich das Ganze abschließend betrachte, kann ich Folgendes sagen - da möchte ich auch noch einmal auf meinen Anfangsdank zurückkommen -: Wir werden im nächsten Jahr eine Situation haben, in der wir, wie die Frau Oberbürgermeisterin richtig sagt, vor der Lage sind. Das heißt, dass wir vor dem Haushaltsjahr entscheiden können, wie der Haushalt des entsprechenden Jahres aussieht. Das hat die SPD in den letzten zehn Jahren kein einziges Mal geschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Erst dieses schafft die Sicherheit für die freien Träger, egal ob im Kultur-, Sport-, Jugend- oder Sozialbereich. Damit setzen wir Akzente und bringen gemeinsam mit der Verwaltung und der Bürgerschaft diese Stadt weiter voran. Wir brauchen nämlich eine leistungsfähige Verwaltung, die wichtige Aufgaben in dieser Stadt übernimmt. Wir brauchen aber gleichzeitig auch ein breites bürgerschaftliches Engagement mit vielen freien Trägern in den genannten Bereichen, die gemeinsam dafür sorgen, dass diese Stadt so lebenswert bleibt, wie sie ist.

Auf diese Art und Weise können wir bei der weiteren Entwicklung der Stadt deutliche Fortschritte machen und die sechs verlorenen Jahre des ausgeschiedenen Oberbürgermeisters relativ gut kompensieren. Ich bin mir sehr sicher, dass wir das mit diesem Haushaltsbündnis und mit unserer Oberbürgermeisterin gemeinsam schaffen. Daran werden wir gemeinsam arbeiten. Ich verspreche Ihnen für die CDU-Fraktion: Wir werden das so machen, und wir werden da an Ihrer Seite stehen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU sowie Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Guten Morgen, Frau Oberbürgermeisterin! Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich betonen, dass jetzt ein wichtiger Moment ist. Es ist ein wichtiger Moment, wenn wir den Haushalt hier beraten und den Haushalt auch genehmigungsfähig machen. Der allerwichtigste Moment ist aber dann, wenn der Haushalt von der Bezirksregierung genehmigt wird. Darauf haben wir hingearbeitet. Das ist unser Ziel. Und ich bin mir sicher, dass wir dieses Ziel erreicht haben, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen und die Projekt-, Investitions- und Entwicklungsimpulse, die in diesem Haushalt stehen, dann auch umsetzen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Ich möchte auch daran erinnern, dass die Haushaltsslage in dieser Stadt nicht gut, sondern eher schlecht ist. Der Haushaltsplan enthält immer noch ein Defizit von 239 Millionen Euro für das Jahr 2016 und ein Defizit von 238 Millionen Euro für das Jahr 2017.

Allein um den Haushalt weiter genehmigungsfähig zu halten - und das ist unser Ziel - und damit ein selbstständiges politisches Handeln von Politik, aber auch Verwaltung zu ermöglichen, müssen wir konsolidieren. 2017 wird das Jahr, in dem der Stadtvorstand über die Prioritäten für Köln reden und dem Rat Vorschläge unterbreiten wird. Ein weiteres Aussitzen der Entscheidung über diese Prioritätensetzung ist nicht mehr möglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Deshalb war und ist es auch richtig, dass die Oberbürgermeisterin - und da hat sie unsere volle Unterstützung - mit einem Doppelhaushalt sich selbst und uns die notwendige Luft verschafft hat, um in ein strukturiertes Haushaltsverfahren einzusteigen. Insofern befinden wir uns mit diesem Doppelhaushalt in einem Übergangsstadium.

Auf Initiative des neuen, wie ich gelernt habe, Sansibar-Bündnisses hat der Rat am 10. Mai dieses Jahres auch mit den Stimmen der SPD und auch mit den Stimmen der Linken festgelegt, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans für das jeweils bevorstehende Haushaltsjahr so zeitgerecht dem Rat vorgelegt werden soll, dass der Rat die Möglichkeit hat, eine Beschlussfassung noch in dem Vorjahr zu treffen.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Das ist wirklich etwas Neues!)

Die Haushaltsplanung soll dabei mit der strategischen Ausrichtung der Stadtpolitik verknüpft werden. Strategische Handlungsfelder sollen entwickelt werden und sich im Haushaltsplan widerspiegeln. Das haben wir am 10. Mai 2016 beschlossen.

Ich glaube, dass wir da einen wesentlichen Schritt weitergekommen sind, indem wir uns jetzt diese Luft verschafft haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem vorliegenden Haushalt und den politischen Veränderungen des Haushaltsbündnisses haben wir auch folgende Ziele erreicht:

Erstens. Wir nehmen keine Steuererhöhungen vor. Damit haben wir verlässliche Verhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und verlässliche Verhältnisse für die Wirtschaft in dieser Stadt geschaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Wir haben es erreicht, dass die Entnahmekquote deutlich verringert worden ist. Lag sie eingangs noch bei knapp 5 Prozent, haben wir sie heute auf 4 Prozent reduziert. Das Gleiche gilt auch für das Jahr 2017.

Drittens. Wir wirtschaften oder haushalten nachhaltig. Mit unseren Veränderungen und den heute zu beschließenden Schwerpunktsetzungen werden wir das Haushaltsergebnis für 2016 und 2017 nicht verschlechtern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Fazit: Wir werden heute einen genehmigungsfähigen Haushalt beschließen.

Politisch setzt Sansibar aber auch in diesem Doppelhaushalt Schwerpunkte. Wir reagieren auf

die in unseren Augen drängendsten Aufgaben in dieser Stadt.

Zu diesen Aufgaben zählen erstens die Aufgaben der wachsenden Stadt - sprich: Bauen, Mobilität, Wirtschaft und Integration.

Dazu gehören zweitens die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und die Umsetzung der Klimaziele von Paris auf der kommunalen Ebene.

Die dritte Aufgabe ist, der Spaltung der Stadt in Arm und Reich entgegenzuwirken.

Bei der vierten und der fünften Aufgabe handelt es sich um die Themen Bildung und Kultur. Sowohl Bildung als auch Kultur sind für uns der Nährboden für eine emanzipierte und pluralistische Gesellschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Fangen wir mit Bauen an. In unserem Doppelhaushalt haben wir, damit die Aufgaben erfüllt werden können, politisch die Rücknahme der Kürzungen in den strategisch wichtigen Feldern der Stadtentwicklung, der Umsetzung des Masterplans Innenstadt und der Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen vorgenommen. Diese Rücknahmen waren wichtig, damit die Bau- und Planungsverwaltung in die Lage versetzt wird und die Kapazitäten hat, die angestoßenen großen Entwicklungsgebiete wie etwa den Mülheimer Süden und die Parkstadt Süd sowie die anstehende Umgestaltung des Deutzer Hafens entsprechend zu bearbeiten, aber auch die vielen weiteren Maßnahmen im Bereich der Flächenmobilisierung, die wir im September dieses Jahres beschließen werden, anzugehen und kraftvoll umzusetzen.

Persönlich freue ich mich sehr darüber, dass wir 150 000 Euro in die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für den Kalker Süden inklusive der AbenteuerHallenKALK investieren werden. Diese Entwicklung ist für Kalk wichtig. Sie ist aber auch für die ganze Stadt wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Niklas Kienitz [CDU])

Die wachsende Stadt bedeutet für uns aber auch mehr Verkehr bzw. mehr Mobilität. Einstimmig haben wir das Verkehrskonzept Köln mobil 2025 beschlossen, in dem ein Drittel Individualverkehr, ein Drittel Radverkehr und ein Drittel ÖPNV vorgeschlagen wird und umgesetzt werden soll.

Ich wäre nun keine Grüne, wenn mir die beiden letztgenannten Punkte nicht besonders wichtig wären, also der Radverkehr und der ÖPNV. Deshalb freue ich mich heute darüber, dass wir sechs Planerstellen im Bereich Radverkehr sowie Finanzmittel für den Neubau von Radwegen zusetzen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist unsere politische Antwort auf die wachsenden Bedürfnisse im Bereich Mobilität.

Zu einem zeitgemäßen Mobilitätsangebot gehören aber auch Radstationen. Wir werden in den Fahrradhochburgen und an den Mobilitätsknotenpunkten - im Bahnhof Köln Süd, in Ehrenfeld und in Mülheim - Radstationen installieren, damit die Räder dort auch sicher angeschlossen werden können.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Die wachsende Stadt ist auch eine Stadt, in die viele Menschen zuziehen - Menschen mit Fluchtgeschichte und Migrationshintergrund. Durch die Fortschreibung des Haushalts 2015, wo wir 3 Millionen Euro im Sozialbereich zugesetzt haben, und die Umsetzung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms, das wir damals finanziell hinterlegt haben, bleiben die kommunalen sozialen Netzwerke stabil. Wir können uns auf sie verlassen; sie können sich aber auch auf uns verlassen.

Mit der Zusetzung von fünf weiteren halben Stellen für das Interkulturelle Maßnahmenprogramm reagieren wir auch auf die steigenden Bedarfe der Geflüchteten und die steigenden Bedarfe, die durch den Zuzug entstehen. Das ist eine richtige Antwort in der aktuellen Zeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die wachsende Stadt bedeutet auch Wachstum bei der Wirtschaft. Bei der Wirtschaftsförderung legen wir den Schwerpunkt auf die Unterstützung von Start-ups. Vor allem die digitale Wirtschaft ist die Wirtschaft, die die Zukunft diktieren wird. Sie ist die Zukunftsbranche. Wir werden sie tatkräftig finanziell unterstützen.

Auf 10,5 Millionen Euro ist die Kulturförderabgabe mittlerweile angewachsen. Für das Jahr 2016 werden wir etwa 4,2 Millionen Euro und für das Jahr 2017 knapp 5 Millionen Euro für unsere Schwerpunkte ausgeben. Diese Schwerpunkte sind die Stärkung des Tourismus, die Neuausrichtung des Standortmarketings und die Finan-

zierung unter anderem des Jubiläumsprogramms des Museums Ludwig und der Fortsetzung des Acht-Brücken-Festivals.

Diese Schwerpunkte, die unsere Stadt nachhaltig kommunizieren kann und nach außen nachhaltig transportieren wird, lassen die Stadt Köln auch national und international gut dastehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Als Grüne lassen wir uns von manchen konstruierten Widersprüchen, dass es einerseits Wirtschaft und andererseits Klimaschutz gebe, was nicht zusammenpasse, nicht beirren. Diesen Widerspruch fanden wir schon immer veraltet und quatschig.

Deswegen bin ich heute froh darüber, dass wir endlich die finanzielle Unterstützung dafür bekommen, ein Zentrum für Energieeffizienz einzusetzen. Das Ziel dieses Zentrums ist es, Wirtschaft - sprich: Handwerk sowie kleine und mittelständische Unternehmen - und Wohnungseigentümer zusammenzubringen und Fördermöglichkeiten zu eruieren, um die energetische Altbauanierung voranzubringen.

Endlich steigen wir auch in ein kommunales Altbauanierungsprogramm ein. Mit 1 Million Euro ist das die richtige Antwort auf die Verschraubung von Wirtschaft und Klimaschutz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Ein Thema, bei dem wir finanzielle Unterstützung leisten werden, macht mir große Sorgen und manchmal auch richtig Wut. Wie ich eben schon gesagt habe, ist eine der Herausforderungen, einer Spaltung der Stadt in Arm und Reich entgegenzuwirken. Wir haben ein tolles Projekt, das wir umzusetzen versuchen, nämlich das Integrierte Handlungskonzept „Starke Veedel - Starkes Köln“. Dieses letztendlich durch die EU geförderte Programm sieht die Stärkung der benachteiligten Stadtteile vor. Ich würde mich freuen, wenn es endlich an den Start gehen würde.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen])

Leider ist es dem Amt für Stadtentwicklung bis dato nicht gelungen, dem Land ein förderfähiges Konzept vorzulegen. Nun können wir nur hoffen, dass der dritte Anlauf beim Land endlich erfolgreich sein wird und wir ein förderfähiges Konzept für viele Sozialräume in dieser Stadt vorlegen können; denn diese Sozialräume bekommen wir nur mit einem Integrierten Handlungskonzept

gestärkt und weiterentwickelt. Damit wirken wir der Spaltung der Stadt in Arm und Reich konstruktiv entgegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Christoph Klausing [CDU])

Als Berufsoptimistin kann ich nur sagen: Die Hoffnung stirbt bei mir auch da zuletzt. - Deswegen werden wir zur Realisierung dieser wichtigen Projekte auch für die nächsten Jahre 200 000 Euro dazusetzen, damit diese Projekte schnell umgesetzt werden können - wenn erst einmal die Förderfähigkeit attestiert worden ist. Ich gehe aber davon aus, dass uns das irgendwann auch noch gelingen wird.

Neben der Stadtentwicklung ist, wie Sie alle wissen, die Bildung eines meiner Lieblingsthemen. Es ist, glaube ich, unser aller Ziel, aus kleinen Pänz große Demokraten zu machen. Deshalb werden wir die U-3-Betreuung gesichert finanzieren und auf 50 Prozent ausbauen sowie die Ü-3-Betreuung in unserer wachsenden Stadt bei 100 Prozent halten. Da werden sehr viele Finanzmittel hineinfließen. Das ist allerdings gut angelegtes Geld. Jeder Cent ist es mir wert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Nach der Kita geht es aber weiter. Auch da wollen die Eltern nicht im Stich gelassen werden. Mittlerweile besuchen 80 Prozent unserer Grundschülerinnen und Grundschüler den offenen Ganzttag. Endlich haben wir durchgesetzt, dass die Gelder, die vom Land kommen, auch für die Arbeit und die pädagogische Qualität bei den Trägern ankommen. Die Dynamisierung wird endlich weitergereicht.

Darüber hinaus werden wir für 2016 und 2017 2,2 Millionen Euro mehr für den offenen Ganzttag zur Verfügung stellen. Wir wissen, dass die Schulkindbetreuung unterfinanziert ist. Aber wir nehmen das auch ernst. Den Eltern ist nicht damit gedient, dass sich die Schließzeiten ausweiten und die OGTS um 15 Uhr ihre Tore zumacht.

Das Geld, das wir aus dem dritten beitragsbefreiten Kitahalbjahr herausnehmen, fließt in die Bildung. Es kommt direkt den Kindern zugute.

Die kleinen Pänz, die wir zu großen Demokraten werden lassen wollen, verdienen eine OGTS, die auch Qualität bietet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdienen einen Rahmen, in dem sie gute pädagogische Qualität anbieten können und umsetzen können.

Die Eltern in dieser Stadt verdienen Verlässlichkeit und die Sicherheit, dass ihre Kinder gut aufgehoben sind.

Alles das will die SPD leider nicht wahrhaben. Sie will Unruhe stiften. Ich lasse mich aber auf diese Unruhe nicht ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Im Bereich Jugend, Soziales und Gesundheit nehmen viele Träger wichtige Aufgaben für diese Stadt wahr. Diese Träger bekommen, obwohl sie Aufgaben für die Stadt übernehmen, seit Jahren keine Tarifsteigerungen mehr ausgezahlt. Zum Schwerpunkt Bildung gehört aber auch, dass die Tarifsteigerungen weitergereicht werden und die Menschen entsprechend bezahlt werden. Die Rahmenbedingungen müssen so gut sind, dass diese Menschen, die täglich für die Stadt Essentielles leisten, auch angemessen vergütet werden. Die Kosten sind gestiegen. Deswegen muss uns diese Aufgabe auch mehr wert sein. Uns ist dies das.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der CDU und der FDP)

Zu einer vielfältigen Stadt gehört, wenn wir gebildete Menschen haben, also unsere großen Demokraten haben, aber auch eine vielfältige Kulturlandschaft. Unsere Kulturlandschaft, die wir in Köln haben und mit der wir uns auch immer gerne schmücken, wird Töne, Bilder und Geschichten produzieren, einen Ausdruck nach außen tragen und auch für uns einen Ausdruck hervorbringen.

Finanziell werden wir die Kultur nicht im Stich lassen. Mit 1 Million Euro werden wir alle Sparten der freien Szene unterstützen und damit dazu beitragen, dass die freie Szene wieder Räume für Neues entwickeln kann und auch finanzielle Spielräume hat, um Neues entwickeln zu können. Die letzten Jahre war sie unterfinanziert. Auch da werden wir gegensteuern.

(Beifall von Marion Heuser [Bündnis 90/
Die Grünen], Niklas Kienitz [CDU] und
Sylvia Laufenberg [FDP])

Ebenfalls sehr wichtig ist uns immer gewesen, die Bezirksvertretungen zu stärken. Ich will gar nicht davon ablenken, dass in Bezug auf die Kompetenzverteilung eine Klärung bevorsteht. Unabhängig davon, wie die Kompetenzverteilung zwischen Rat und BVen aussieht, werden wir die bezirksorientierten Mittel noch einmal um 600 000 Euro anheben. Damit werden wir die

Bezirke stärken und die konkreten politischen Handlungsmöglichkeiten der Bezirksvertretungen ausweiten. Gleichzeitig bringen wir damit auch unsere Wertschätzung zum Ausdruck.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
sowie bei Teilen der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle vom Haushaltsbündnis vorgenommenen Zusetzungen sind gegenfinanziert. Sie führen zu keiner Ergebnisverschlechterung. Dies erfolgt vorwiegend durch die Abschöpfung des Ansatzes für die LVR-Umlage. Das hat übrigens auch die LVR-Direktorin bestätigt. Auch für das Jahr 2017 ist unser Refinanzierungsansatz im Ergebnisplan korrekt.

Das kann man alles nachlesen. Die Details finden Sie in einer Mitteilung der Stadtkämmerin vom 27. Juni 2016 an den Finanzausschuss. Da diese Mitteilung Ihnen allen vorliegt, brauche ich nicht daraus zu zitieren.

Ja, wir nehmen auch Geld aus den Aufwendungen für den Brandschutzbedarfsplan und ziehen es für unsere Finanzierung heran. Zur Wahrheit gehört aber dazu, dass aufgrund der späten Haushaltsgenehmigung im Jahr 2016 die von uns eingesparten 1,1 Millionen Euro ohnehin gar nicht hätten abfließen können.

Fakt ist, dass die SPD und die Linke die notwendige Debatte über das angemessene Maß zusätzlicher Mittel für die Feuerwehr als billiges Mittel einfach nur instrumentalisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Eigentlich sind Ihnen die Sorgen und Nöte der Feuerwehrleute, deren Leistung wir Grüne sehr hoch schätzen,

(Martin Börschel [SPD]: Das merkt
man!)

überhaupt nicht wichtig. Sonst hätten Sie von Rot und Dunkelrot auch bereits in den Jahren davor aktiv handeln müssen. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Schauen Sie sich doch nur noch einmal an, wie im April 2014, als wir noch mit der SPD im Bündnis waren, im Finanzausschuss mit dem Brandschutzbedarfsplan 2014 umgegangen worden ist. Da wurde er nämlich angehalten,

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Von euch!)

und wir haben eine Untersuchung beauftragt. Damals haben beide Koalitionäre, also Rot und Grün, noch einmal einvernehmlich festgehalten:

Es ist erforderlich, zu prüfen, inwieweit die Verwaltung angesichts der nach wie vor prekären städtischen Haushaltslage ihrerseits Konsolidierungserfordernissen nachgekommen ist, die geplanten Aufwendungen für den Brandschutzbedarfsplan in eine angemessene Balance mit den unabdingbaren Konsolidierungszielen für den Stadthaushalt zu bringen.

So hat sich die SPD noch 2014 geäußert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Seit Mitte 2016 liegt nun diese Untersuchung vor.

(Martin Börschel [SPD]: Seit 2015!)

- Hören Sie mir einmal zu. - Während CDU und Grüne sich mit diesem Brandschutzbedarfsplan bis Mitte September dieses Jahres ernsthaft befassen und dann entscheiden werden - -

(Martin Börschel [SPD]: Aber ihr kürzt das Geld jetzt!)

- Wir entscheiden Mitte September, wie wir mit dem Brandschutzbedarfsplan umgehen. Wir lehnen ihn nicht ab. Wir verschieben es lediglich um einige Monate, um solide darüber beraten zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Was weg ist, ist weg! Das ist schamlos!)

- Lieber Martin Börschel, wer hier schamlos ist, weil er die Wirklichkeiten umdreht und seine eigene Geschichte beugt, sind Sie. Das ist schamlos.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Finanzpolitisch unverantwortlich ist es auch, welche Vorschläge zur Konsolidierung und zur Deckung von der SPD angeführt werden. Für das Jahr 2016 schlägt die SPD nämlich 9,3 Millionen Euro und für das Jahr 2017 sogar 12,3 Millionen Euro Ergebnisverschlechterung vor; denn die von Ihnen angeführten Verbesserungen sind klassische Luftbuchungen. Ich darf das einmal vorlesen:

- Fiktive 4 Millionen Euro mehr Gewerbesteuer aus der Verlagerung eines Betriebes aus den Stadtwerken nach Köln, die noch nicht einmal im Ansatz vorhanden sind.

(Martin Börschel [SPD]: Das haben wir vorgestern im Stadtrat beschlossen, meine Liebe - mit euren Stimmen!)

- Über 16 Millionen Euro erfundene Mehrerträge aus Vergnügungs-, Hunde- und Zweitwohnungssteuer, von denen auch noch nichts vorhanden ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird die Hundebesitzer freuen!)

- 1 Million Euro aus einer nicht existierenden Wettbewerbssteuer.

Von der alten Dame SPD hätte ich mir da Seriosität erwartet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP - Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Da muss sie ja selber lachen!)

Ich hoffe auch, dass wir in Zukunft mehr Seriosität von Ihnen bekommen.

Wir haben als Sansibar immer dazu eingeladen, den Haushalt mit der SPD und auch mit der Linken gemeinsam zu tragen. Doch das passte einfach nicht ins Konzept.

(Martin Börschel [SPD]: Bitte bei der Wahrheit bleiben! Bitte wahrhaftig bleiben!)

Das neue Konzept heißt nun leider, Halbwahrheiten zu verkünden, Unruhe zu stiften und seit dem Amtsantritt von Henriette Reker alles und jedes, was von der Verwaltung vorgeschlagen wird, schlechtzumachen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Eine konstruktive Oppositionsarbeit sieht anders aus. Ihre dekonstruktive Oppositionsarbeit schadet der Stadt und schadet uns allen. Das finde ich bedauerlich. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Kommunen sind das Fundament von Europa. Nur bei der Kommunalwahl und bei der Europawahl können alle Kölnerinnen und Kölner, die aus Europa kommen, auch wählen. In den Kommunen finden Integration und Inklusion von vielen Tausenden Menschen mithilfe der Stadtverwaltung und mithilfe der Menschen vor Ort statt. Sind es nicht die Kommunen, die mit vielen Städtepartnerschaften in gewisser Weise europäische Außenpolitik machen? Alle diese Ressourcen und Möglichkeiten werden durch die Bundesregierung und die Landesregierung hochnäsiger verkannt.

(Beifall bei der Linken)

Die Kommunen werden schlecht finanziert und nicht wertgeschätzt. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet unter diesen Bedingungen zu einem großen Teil, den Mangel zu verwalten. Im Regierungsbezirk Köln haben nur vier von insgesamt 94 Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt. NRW-weit schaffen das nur 14 Prozent. Alle anderen Kommunen müssen ihre allgemeinen Rücklagen angreifen - zu diesen Kommunen gehört auch Köln - oder sind bereits in der Haushaltssicherung.

Deshalb begrüßen wir Linke, dass der Städtetag Nordrhein-Westfalen eine finanzielle Mindestausstattung der Kommunen einfordert und eine Klage einer Kommune vor dem Bundesverfassungsgericht anstrebt. Wir brauchen eine finanzielle Mindestausstattung als Schutzschild gegen die Schuldenbremse, die eventuell auf die Kommunen heruntergereicht wird.

Meine Damen und Herren, für die Gesamtunterbringung der Flüchtlinge in Köln in der Zeit vom 1. Januar 2015 bis zum 30. Mai 2016 hat Köln 212 Millionen Euro gezahlt. Nur 71,4 Millionen Euro haben wir vom Bund und vom Land erhalten. Damit zahlen wir 66 Prozent, also zwei Drittel, der Kosten aus dem kommunalen Haushalt. Das bedeutet, dass die europäische und bundesrepublikanische Außenpolitik durch die Kommunen bezahlt wird.

Dies ist ein Unding. Das dürfen wir nicht akzeptieren. Es ist auch ein Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip.

(Beifall bei der Linken)

Unsere Oberbürgermeisterin und das Jamaika-Bündnis haben auf schnelle Haushaltsberatungen gedrängt. 51 Tage lagen zwischen der Einbringung und der Verabschiedung des Haushalts. Das ist eine kurze Zeit.

Offensichtlich sind 51 Tage auch für das neue Haushaltsbündnis aus Jamaika und seinen Freunden zu wenig Zeit.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Sansibar!)

Sonst hätten Sie ja vielleicht einen Veränderungsnachweis vorlegen können, der auch solide gegenfinanziert ist.

Das war schon eine bemerkenswerte Premiere, die das Jamaika-Bündnis hingelegt hat: Sie haben Wenigerzahlungen der Stadt Köln an den Landschaftsverband als Einnahme verbucht und die LVR-Umlage, die für 2017 noch gar nicht feststeht, so weit gesenkt, dass Sie damit entsprechend operieren können.

Zu Recht sind Sie, meine Damen und Herren vom Haushaltsbündnis, damit unter Druck geraten. Und was ist der Ausweg, der Sie retten soll? Das hat Herr Petelkau in der Sitzung des Finanzausschusses angesprochen - Stichwort „Nachtragshaushalt“.

Meine Damen und Herren, daran, dass Sie jetzt schon einen Nachtragshaushalt ankündigen, können Sie ja erkennen, wie solide dieser Haushalt ist, den Sie hier vorgelegt haben. Er ist nämlich unsolide.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen
der SPD)

Jamaika und seine Freunde haben ein Einnahmeproblem. Das hat die Oberbürgermeisterin früh erkannt und dann falsche Schlussfolgerungen daraus gezogen. Man kann nicht die Grundsteuer um 20 Prozent erhöhen. Das sind 100 Hebepunkte. Wir wollen ja die Gewerbesteuer um 15 Hebepunkte anheben. Daran können Sie erkennen, wie realitätsfern, sage ich einmal ganz freundlich, dieser Vorschlag war.

Das Jamaika-Bündnis ist unseres Erachtens aber auch kapitalistenfreundlich.

(Lachen bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollen auf keinen Fall die Kölner Wirtschaft am Ausbau und an der Sanierung der Infrastruktur beteiligen. Eigentlich wäre das aber der logi-

sche Weg, weil die Wirtschaft diejenige ist, die hauptsächlich davon profitiert.

(Beifall bei der Linken)

Das gibt die IHK auch unumwunden zu. Herr Sterck grinst schon. In dem gestrigen Brief der IHK steht der schöne Satz - ich zitiere -:

Diesen Wettbewerbsvorteil sollte die Stadt nicht leichtfertig verspielen.

Das schreibt die IHK. Damit deutet sie indirekt an, dass die Gewerbesteuer eigentlich etwas höher sein könnte. Sie sollten einmal darüber nachdenken, dass ein solches Zitat immer zwei Seiten hat.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, landesweit steigen die Hebesätze bei der Gewerbesteuer seit einigen Jahren. Die Linke fordert eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer, und zwar, wie in Bonn, auf 490 Hebepunkte. Das bringt 26 Millionen Euro für 2016 und 31 Millionen Euro für 2017.

Sie dagegen wollen unsere kommunale Daseinsvorsorge plündern. Das ist Ihre Einnahmeseite. Ab 2018 wollen Sie 90 Millionen Euro aus den städtischen Beteiligungsunternehmen in den Haushalt überführen. Das wäre eine Verdoppelung der Gewinnabführung.

Genau das ist in den letzten Jahren in den Ruhrgebietsstädten passiert. Und jeder kann sich anschauen, in welchem Zustand die kommunale Daseinsvorsorge im Ruhrgebiet ist. Dort sind die Stadtwerke nämlich in einem katastrophalen Zustand. Dazu ist es gekommen, weil man das Geld herausgezogen hat.

(Beifall bei der Linken)

Falls Sie das ernsthaft durchsetzen wollen, meine Damen und Herren von Jamaika und seinen Freunden, dann können Sie davon ausgehen, dass wir ein breites Bündnis eingehen werden, um das zu verhindern. Wir werden es nicht zulassen, dass Sie die Stadtwerke und die GAG melken. Das werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei der Linken - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch ein Popanz, Herr Kollege!)

Seit Jahren sagen wir schon, dass wir eine Erhöhung der GAG-Dividenden, um dieses Geld in den Haushalt zu überführen, ablehnen. Dieser Meinung sind wir weiterhin. Wir haben schon un-

ter Rot-Grün gesagt, dass wir das kritisieren. Diese Gelder brauchen wir für den kommunalen Wohnungsbau.

(Beifall bei der Linken)

Ihr bürgerlich-liberales Haushaltsbündnis hat keinen Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt und der städtischen Unternehmen. Das konnten wir bei der Diskussion um die Arbeit der Kölner Feuerwehr deutlich sehen. Gutes Geld für gute Arbeit oder der Umgang mit Überstunden interessieren Sie doch überhaupt nicht. Da brechen Sie sogar zwingende gesetzliche Vorgaben wie den vorgeschriebenen Brandschutzbedarfsplan und gefährden die Sicherheit der Bevölkerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie sind doch diejenigen, die den Brandschutzbedarfsplan die ganze Zeit strategisch herauszögern. Ich bin der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses. Da stellen Sie immer wieder Anfragen, nur um irgendeinen Ansatz zu finden, wie Sie die Feuerwehr besser kritisieren können. Das ist doch bekannt.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Sie kriegen ja schon Pickel, wenn Sie den Begriff „Feuerwehr“ überhaupt in den Mund nehmen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, ich habe keinen einzigen Pickel!
Feuerwehr! Feuerwehr!)

Insofern führt uns diese Diskussion nicht weiter. Wir brauchen die Kölner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob sie nun bei den Beteiligungsunternehmen oder bei der Stadt Köln tätig sind. Zusammen mit ihnen müssen wir die Stadt verändern. Ohne sie geht es nicht. Deshalb müssen auch die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt werden.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Wir Linke setzen uns dafür ein, dass Köln in Wohnungsbau, Soziales, Bildung und Infrastruktur investiert, und zwar für alle. Wir schlagen Maßnahmen vor, mit denen die Stadt in 2016 etwa 28,7 Millionen Euro mehr und in 2017 bereits 38,3 Millionen Euro mehr einnehmen kann.

Dieses Geld wollen wir in Bereiche investieren, von denen alle Kölnerinnen und Kölner etwas haben. Wir setzen uns dafür ein, dass jede und jeder in Köln ein gutes Leben führen kann. Dabei

unterscheiden wir nicht danach, ob Menschen schon lange in Köln leben oder erst ganz kurz hier sind. Das ist uns sehr wichtig.

(Beifall bei der Linken)

Wir setzen vier Schwerpunkte:

Erstens. Wir wollen günstige Wohnungen für alle mit geringem Einkommen. Wir brauchen mindestens 2 000 neue Sozialwohnungen pro Jahr. Wir wollen aber, dass diese Wohnungen auf Dauer günstig sind. Deshalb müssen sich die kommunalen Wohnungsunternehmen stärker als bislang engagieren.

(Beifall bei der Linken)

Wir haben aber auch einen ganz akuten Bedarf an Wohnraum, den wir schnell erfüllen müssen. Ich denke hier an Geflüchtete und Studierende. Wir müssen schnell die provisorischen Unterbringungen beenden. Die jetzige Unterbringung von Geflüchteten führt zu Frust und Konflikten.

Der Kölner Rat hat in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe fortschrittlicher Beschlüsse zur Wohnungspolitik gefasst. Manches davon wurde von der Linken angestoßen: eine Milieuschutzsatzung, eine Zweckentfremdungssatzung mit einem Vorkaufsrecht der Stadtverwaltung. Wir müssen alle diese Maßnahmen weitertreiben. Dazu brauchen wir mehr Personal genau an diesen Stellen. Sonst werden diese Beschlüsse Papiertiger bleiben.

(Beifall bei der Linken)

Zweitens. Wir wollen Köln sozialer für alle machen. Der Köln-Pass ist für uns ausbaufähig. Mit geringen sozialen Mitteln, etwa 500 000 Euro, könnte man die Qualität deutlich erhöhen, damit alle Menschen an der Stadtgesellschaft teilhaben können.

Der Rat hat zwölf Streetworker beschlossen. Im Haushaltsansatz von Jamaika sind nur sechs enthalten. Das halte ich für einen kapitalen Fehler.

(Ulrich Breite [FDP]: Sechs sind aber mehr als keiner!)

- Sechs sind mehr als keiner. Wir haben aber gemeinsam beschlossen, zwölf Streetworker einzusetzen. Dafür haben wir auch gestimmt. Das wird jetzt nicht umgesetzt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Du kriegst es ja nicht finanziert, junger Freund!)

Wir setzen auch in anderen sozialen Fragen auf entsprechende Punkte. So fordern wir ein anti-sexistisches Maßnahmenprogramm. An diesem Thema arbeiten wir. Im Veränderungsnachweis haben wir dazu verschiedene Vorschläge gemacht. Außerdem sind wir der Meinung, dass das Interkulturelle Maßnahmenprogramm deutlich ausgebaut werden muss.

Drittens. Wir wollen gute Bildung für alle. Die OGTS muss mehr Geld bekommen. Sie stellen 1,6 Millionen Euro in den Haushalt ein. Das reicht nicht aus. Insgesamt brauchen wir 19 Millionen Euro für die OGTS.

Hier sieht man deutlich, dass Ihr Haushaltsansatz in keiner Weise ausreicht. Ich kann nicht erkennen, dass Jamaika und seine Freunde der Bildung oberste Priorität einräumen.

Wir haben in unserem Veränderungsnachweis auch eine deutliche Zusetzung bei der Schulsozialarbeit vorgesehen, damit wir Inklusion und Integration voranbringen können.

Wir fordern: Bildung muss kostenfrei sein. Deshalb halten wir es für einen Irrweg, dass Schwarz-Grün mit Schützenhilfe seiner Freunde das dritte beitragsfreie Kitahalbjahr gestrichen hat.

Viertens. Wir wollen die Infrastruktur modernisieren und ausbauen. Der Anteil von Fußgängern, Fahrradfahrern, Bussen und Bahnen am Verkehr in Köln wächst. Die Verkehrsinfrastruktur ist aber auf das Auto ausgerichtet, und ökologische Verkehrsmittel müssen sich mit dem Rest begnügen.

Das wollen wir ändern. Wir wollen entlang der Gürteltrasse zwischen Ehrenfeld, Nippes und Mülheim den ersten innerstädtischen Rad-schnellweg schaffen.

(Beifall bei der Linken - Zuruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Genau. Von Ehrenfeld aus wollen wir anfangen.

Eine wichtige Einrichtung für modernen Verkehr sind Mobilitätsstationen. Sie verbinden ÖPNV, Rad und Carsharing miteinander und machen den Zugang zu Mobilität sozialer und ökologischer. Mobilitätsstationen müssen dort gebaut werden, wo das ÖPNV-Netz endet oder Lücken hat, zum Beispiel in Chorweiler.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch einmal das Thema ansprechen, bei dem es mich wundert, dass es in dieser Debatte keine Rolle spielt, nämlich den Brexit. Er wird enorme Auswirkungen auf die Gesellschaft in Europa, aber auch bei uns haben. Wir werden eine gewaltige Entwicklung nach rechts kriegen.

(Beifall bei der AfD und pro Köln)

Wir befürchten, dass in der Folge die Herren da hinten, die jetzt klatschen, diese Gesellschaft beeinflussen, obwohl sie noch nicht einmal in die Debatten hier im Rat vernünftig eingreifen können und nur Blödsinn erzählen. Davor habe ich Angst.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Meine Damen und Herren, das müssen wir gemeinsam verhindern. Wir müssen die demokratische Kultur stärken und mit sozialen Pflöcken erreichen, dass diese Rattenfänger keine Wählerinnen und Wähler bekommen. Deswegen müssen wir auch gemeinsam handeln. Gerade in den großen Städten und insbesondere in den Metropolen wird diese Frage der sozialen und demokratischen Gestaltung in den nächsten Monaten eine große Rolle spielen. Daran sollten wir, auch wenn wir uns beim Haushalt nicht einig sind, gemeinsam arbeiten. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist seit 1999, seit der neuen Gemeindeordnung mit einem direkt gewählten Oberbürgermeister oder einer direkt gewählten Oberbürgermeisterin, mittlerweile die elfte Haushaltsrede, die ich hier halte. Wir hatten in dieser Zeit übrigens, genau abgewogen, sechs Einzel- und sechs Doppelhaushalte. Der Ablauf und die Szenerie dieser Sitzungen sind dabei immer gleich.

Aber heute ist etwas anders als in den Jahren und Jahrzehnten zuvor. Heute sitzt hier links von mir eine Frau, eine Oberbürgermeisterin. Was ist das für eine tolle Stadt, in der ein Schwuler Prinz Karneval, ein Parteiloser Polizeipräsident und eine parteilose Frau Oberbürgermeisterin werden können! Da haben wir sogar unserer Mutter Rom noch etwas voraus.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Auf der einen Seite ist dieser Umstand der Tatsache geschuldet, dass mit Henriette Reker eine waschechte Kölnerin sich etwas getraut hat, um in dieser Stadt etwas zu bewegen, und dass sie sich hat in die Pflicht nehmen lassen.

Auf der anderen Seite hat die von der FDP 2005 in der Landesregierung durchgesetzte Trennung der OB-Wahl von der Kommunalwahl drei Parteien und zwei Wählergruppen die Möglichkeit gegeben, auf eigene Kandidatinnen und Kandidaten im Sinne der Stadt zu verzichten und eine gemeinsame Kandidatin aufzustellen. Ohne Andreas Pinkwart und seine Regierungsbeteiligung hätte es also eine Oberbürgermeisterin Henriette Reker nie gegeben.

(Beifall bei der FDP)

Es ist kein Wunder, dass die SPD bei der Rolle rückwärts 2010 dieses demokratische Instrument, das die Kleinen oder Parteilosen stärkt, so schnell wie möglich wieder abgeschafft hat. Ich finde es schade, dass die Grünen dabei die Steigbügel gehalten haben.

Daher wird es eine solche Konstellation nicht wieder geben. Wir müssen also sehen, dass uns Henriette Reker so lange wie möglich erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die einfache Formel „Mehr Wohnungen: Niedrigere Mieten!“ stand auf einem Plakat der FDP zur Köln-Wahl 2014. Die Schaffung von neuem Wohnraum ist aus Sicht der Freien Demokraten die wirksamste Form, um Wohnungsmangel und die damit verbundene Mietsteigerung in Köln zu bekämpfen. Immerhin müssen die jetzigen Kölnerinnen und Kölner, aber auch bis zum Jahre 2040 bis zu 150 000 oder 200 000 Neubürgerinnen und Neubürger untergebracht werden.

Immer neue Reglementierungen und bürokratische Hürden für Investoren und Vermieter lähmen Wohnungsbau und Wohnungsmarkt nur. Milieuschutzsatzungen, Kooperatives Baulandmodell und städtisches Grundstücksvorkaufsrecht sind Gift für den Standort Köln. Andere Kommunen im Umland, Städte an der Rheinschiene oder europäische Metropolen haben auch schöne Baugrundstücke und legen gern den roten Teppich aus, wenn man sein Geld dort investieren will.

(Beifall bei der FDP)

Angesichts des Drucks auf dem Wohnungsmarkt muss endlich ein Umdenken stattfinden. Potenzielle Wohnbauflächen müssen aktiviert werden. Wir freuen uns in diesem Zusammenhang über den Erkenntnisgewinn bei Verwaltung und Politik, dass die Stadt nun mit der Entwicklung neuer Flächen beginnt und diese beschleunigt. Wir haben in den letzten Jahren zahlreiche Vorschläge in dieser Richtung gemacht, die leider erst jetzt mehrheitsfähig zu sein scheinen. Wichtige Zeit wurde dabei verloren.

Dies gilt auch für das größte Projekt des städtischen Wohnungsbauprogramms, den auf Eis liegenden neuen Stadtteil Kreuzfeld im Kölner Norden, dessen Planung wir bereits vor drei Jahren reaktivieren wollten, womit wir jedoch an der damaligen Ratsmehrheit scheiterten.

Vielleicht sollte Herr Höing mit der BV Chorweiler einfach einmal nach Amsterdam, Kopenhagen oder Zürich fahren, um den Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, wie man heute Städtebau macht und wie man heute einen Stadtteil entwickelt, um ihnen die Angst vor einem neuen Stadtteil zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Um den Bedarf zu decken, sieht die Stadt weitere Potenziale, zum Beispiel in den Baulücken sowie in der maßvollen Nachverdichtung im Bestand. Auch dies haben wir seit Jahren gefordert, sind jedoch von der ehemaligen rot-grünen Mehrheit immer wieder abgewiesen worden. Außerdem scheiterten die Liberalen mit ihren Initiativen zur Umwandlung des Deutzer Hafens, zur Erweiterung des MediaParks und zur Bebauung des Bauwagenplatzes an der Krefelder Straße.

Doch geradezu reflexartig regt sich Widerstand aus der Bevölkerung gegen die städtischen Pläne. Die Bauwagenkolonie kumpelt auf dem Rathausplatz, die Kleingärtner aus der „Nippeser Schweiz“ sammeln Unterschriften, die Bürgerinitiative gegen die Randbebauung an der Niehler Straße in Höhe der Rennbahn wird wiederbelebt, und selbst gegen die Bebauung der Bahnbrache hinter dem MediaPark habe ich schon eine Mail bekommen.

Die an den Tag gelegte „Ausschließeritis“ bringt uns hier nicht weiter. Wir müssen nach der Sommerpause - Kirsten Jahn hat es gesagt - sehen, welche Grundstücke wir wie entwickeln. Dann müssen ohne Ansehen, aus welcher Richtung ein Vorschlag kommt, die Dinge entspre-

chend bewertet werden. Bei jedem Grundstück muss zwischen seiner jetzigen Nutzung und dem abgewogen werden, was es leisten kann, um den Kölnerinnen und Kölnern sowie denjenigen, die zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf zu bieten. Das ist gerade vor dem Hintergrund der vielen Flüchtlinge, die wir in dieser Stadt unterbringen, wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Dabei hilft es nicht, Stadtentwicklung in Köln ideologisch zu betreiben. Wir brauchen nicht nur Geschosswohnungsbau, sondern auch Einfamilienhäuser. Wir brauchen nicht nur Gesamtschulen, sondern auch Gymnasien. Wir brauchen nicht nur Radwege, sondern auch Straßen.

(Beifall bei der FDP)

Wie wir uns den fairen Ausgleich zwischen den Verkehrsträgern vorstellen, sehen Sie auch an unserem Einfluss auf den heutigen Haushaltsplanentwurf.

Die dringend benötigte Radwege-Nord-Süd-Verbindung über den Neumarkt soll zeitlich vorgezogen werden, um damit das Radfahren an diesem neuralgischen Punkt sicherer und attraktiver zu machen.

Eine Machbarkeitsstudie soll feststellen, wie der ÖPNV am Barbarossaplatz neu geregelt werden kann, wenn die einzelnen U-Bahn-Tunnel entsprechend verlängert werden und dadurch auch eine bessere Umsteigemöglichkeit am Bahnhof Köln Süd erreicht werden kann.

Wir wollen untersuchen lassen, wie der Verkehrsfluss auf der südlichen Rheinuferstraße durch eine geregelte Dreispurigkeit - morgens zwei Spuren in die Stadt hinein und eine Spur aus der Stadt heraus, nachmittags umgekehrt - verbessert werden kann.

(Beifall bei der FDP)

Ein wachsames Auge auf den ÖPNV sowie den Rad- und Fußgängerverkehr zu haben, ohne für den Individualverkehr blind zu sein: Das ist die Politik der Freien Demokraten für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, nachdem die FDP zusammen mit CDU, Grünen, Deinen Freunden und Freien Wählern als sogenanntes Reker-Bündnis beim Wahlkampf von Henriette Reker zur Kölner Oberbürgermeisterin erfolgreich zu-

sammengearbeitet hat, haben sich diese Partner folgerichtig auch für ein Haushaltsbündnis im Rat zusammengeschlossen, um den Doppelhaushalt 2016/2017 zu tragen.

Drei grundsätzliche Erwägungen haben für uns Freie Demokraten die Aufnahme entsprechender Gespräche unabdingbar gemacht.

Erstens. Dieser Doppelhaushalt ist ein Übergangshaushalt. Wir wollen kein Weiter-so. Jährliche Haushaltsdefizite von einer Viertelmilliarde Euro und die damit einhergehende Plünderung der städtischen Rücklage darf es nicht länger geben.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Übergangshaushalt wird aber benötigt, um den Riesentanker Stadt Köln mit einem Jahresreset von über 3,5 Milliarden Euro auf einen neuen Kurs zu bringen.

Dafür ist eine Verwaltungsstrukturreform notwendig. Wir sind der Oberbürgermeisterin dankbar dafür, dass sie diesen Punkt ganz oben auf ihre politische Agenda gesetzt hat.

Zweitens. Der vorgelegte Haushalt kommt ohne Steuererhöhungen aus. Zum einen sind die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen hoch genug. Zum anderen dürfen wir nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit mit dem Umland weiter belasten.

Drittens. Die FDP war sich mit der Oberbürgermeisterin, aber auch mit den anderen Partnern im Haushaltsbündnis einig, dass bei der Entnahmekquote die 5 Prozent nicht angetastet werden sollen, damit wir nicht in die Haushaltssicherung durch die Bezirksregierung gehen. Deswegen war der erste Haushaltsplanentwurf der Kämmerin leider nicht zu verabschieden. Ich bin der Oberbürgermeisterin dankbar dafür, dass sie uns dann einen Vorschlag gemacht hat, mit dem diese magische Grenze unterschritten worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Zusammengefasst heißt das aber auch, dass wir große Erwartungen an den Haushalt 2018 haben, der ja, wie von uns immer gefordert, rechtzeitig vor dem Jahreswechsel eingebracht und beschlossen werden soll. Dann wird es hoffentlich zu einer Aufgabenkritik und zu Einsparungen kommen. Ich sage Ihnen voraus: Im Vergleich dazu ist der jetzige Haushalt ein Kindergeburtstag.

Die Freien Demokraten sind bereit, die Oberbürgermeisterin auf diesem steinigen Weg zu begleiten, um für kommende Generationen neue Handlungsspielräume zu erlangen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, neben diesen grundsätzlichen Erwägungen war es uns in den Haushaltsverhandlungen wichtig, auch freidemokratische Handschrift und Schwerpunktsetzungen deutlich zu machen. Neben den Dingen, die ich eben schon im Bereich der Verkehrspolitik genannt habe, war das zum Beispiel die Förderung der Kulturstadt. Köln ist eine Kulturstadt und wird auch gerne so genannt - gerade von denen, die in den letzten Jahren wenig dafür getan haben.

Wir nehmen diesen Anspruch ernst und wollen die Kultur da stärken, wo sie am lebendigsten ist, nämlich in der freien Szene. Diese wurde in den letzten Jahren immer weiter ausgetrocknet. Es wurden zwar Förderkonzepte verabschiedet, aber Geld für eine angemessene Umsetzung wurde nie zugesetzt. Das ändern wir jetzt. Die sozialdemokratische Symbolpolitik lösen wir durch echte Förderung ab; denn die Mittel sollen für 2016 um 200 000 Euro und für 2017 sogar um 1 Million Euro erhöht werden.

Der Etatposten „Maßnahmen gegen Jugendkriminalität und Jugendgewalt“ wird erhöht, damit das Haus des Jugendrechts weiter gestärkt wird und geplante Projekte durchführen kann. Es hat in der Vergangenheit bereits große Wirkung gezeigt und viele Jugendliche wieder auf den richtigen Weg gebracht.

Die Freien Demokraten gestalten aktiv die Sportstadt Köln; denn wir sehen Sport als integratives Bindeglied für die unterschiedlichen Menschen und Schichten in unserer Stadt an. Hervorragende Leistung der Jugendarbeit in den Sportvereinen wird durch die Erhöhung der Jugendbeihilfe um bis zu 250 000 Euro im Jahr 2017 honoriert.

Der wichtigste und nachhaltigste Punkt im Bereich Sport ist, bei Neubauten von Grundschulen, von denen jetzt ja eine größere Anzahl ansteht, grundsätzlich statt einfacher Gymnastikhallen Zweifachsporthallen zu bauen, wenn das Grundstück dies zulässt. Erst ab dieser Größe können Mannschaftssportarten gespielt werden. Da Sporthallen für durchschnittlich 70 Jahre gebaut werden, werden noch viele Generationen von Sportlerinnen und Sportlern für diese Entscheidung dankbar sein.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP weiß, dass ohne ehrenamtliches Engagement viele soziale Aufgaben nicht zu bewältigen sind. Wir meinen, dass dieser Einsatz auch finanzielle Unterstützung verdient. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Lotsen-Projekte, die 2014 schon einmal mit dem Ehrenamtspreis der Stadt Köln ausgezeichnet wurden, aber zwischendurch in Finanzierungsprobleme geraten sind, gefördert werden. Gerade in Zeiten, in denen viele Flüchtlinge zu uns kommen, müssen Integrationslotsinnen und -lotsen diese begleiten.

(Beifall von Sylvia Laufenberg [FDP])

Gut 4 Millionen Euro haben die Liberalen in diesem Haushalt aktiv bewegt. Das ist die deutlichste liberale Handschrift, die wir seit 1999 in den fünf Haushalten, die wir mitgetragen haben, hinterlassen konnten.

Aus diesem Grund und weil wir den Eindruck haben, dass die Stadt Köln auf dem richtigen Weg ist, können wir heute dem Doppelhaushalt 2016/2017 mit gutem Gewissen zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Köln-Wahl liegt nun zwei Jahre, die OB-Wahl gut acht Monate hinter uns. Die politischen Verhältnisse in dieser Stadt haben sich seither massiv verändert. Den beiden ehemaligen Volksparteien kommen neue Rollen zu, die sie nun annehmen müssen.

Die SPD als größte Fraktion in diesem Rat sitzt auf den harten Oppositionsbänken. Während einzelne Genossen in Politik und Verwaltung säckeweise Sand ins Getriebe kippen, läuft die PR-Maschinerie der Sozialdemokraten auf Hochtouren. Wir hätten uns diese Kreativität und diesen Gestaltungswillen in den letzten elf Jahren, in denen die SPD hier Verantwortung getragen hat, gewünscht. Dann hätte man damit wirklich viel bewegen können. Heute ist es meistens nur destruktiv.

(Beifall bei der FDP, der CDU und Deinen Freunden)

Die CDU ist jetzt der Mehrheitsführer. Sie muss damit die ihr zugetragene Führungsrolle annehmen und aufzeigen, wie sie Köln entwickeln will. In den vergangenen Monaten hat es aber leider auch Störsignale gegeben, die die bürgerliche Wählerschaft irritiert haben. Mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr empfehle ich, sich hier auf die Ursprünge zu besinnen.

CDU, Grüne und FDP haben mit der Wahl von Henriette Reker zur Oberbürgermeisterin sicher ihren größten Coup gelandet. Nun sind wir es ihr und dieser Stadt schuldig, ihre Amtszeit zu einem Erfolg und zu einer guten Zeit für Köln zu machen, damit ihrer Wiederwahl im Jahr 2020 nichts im Wege steht.

Wir Freien Demokraten sind dazu bereit, in guten wie in schlechten Zeiten für Köln Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich danke an dieser Stelle der Oberbürgermeisterin und ihrer Verwaltung für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Aufstellung dieses Haushalts, den übrigen vier haushaltstragenden Gruppierungen für die fairen Verhandlungen und meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen, insbesondere unserem finanzpolitischen Sprecher Ulrich Breite, für die hervorragende Vorarbeit. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP sowie Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wer wünscht für die AfD zu sprechen? - Herr Rottmann.

Hendrik Rottmann (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der städtische Haushalt befindet sich schon wie in den vergangenen Jahren nahe der Gefahrenzone. Das wissen Sie auch ganz genau. Deshalb wundert es mich auch, wenn Herr Petelkau davon spricht, dass die Entnahmekquote näher an der Vier als an der Fünf liegen soll. 4,54 Prozent für das Jahr 2016 und 4,73 Prozent für das Jahr 2017 sind rechnerisch deutlich näher an der Fünf und sehr weit weg von der Null.

Denn man kann zwar 5 Prozent entnehmen, aber man muss es nicht, meine Damen und Herren. Wie Frau Jahn eben schon richtig gesagt hat, haben wir einen Berg von 239 Millionen Euro für das Jahr 2016 und von 238 Millionen Euro für das Jahr 2017 als Gesamtdefizit. Dafür muss eine alte Frau ganz schön lange stricken.

Ein Überschreiten des Jahresdefizits ist, solange wir die unendliche Geschichte der Oper, nun auch noch den Kalkberg und selbstverständlich die obligatorische Verteuerung von Bauprojekten

aller Art in Köln um ein Vielfaches haben, nicht nur wahrscheinlich, sondern zu vermuten - es sei denn, dass Sie dann Gelder an anderen wichtigen Stellen streichen, was zu befürchten ist, und zwar wie immer gerne bei Kindern oder anderen Personen ohne Lobbygruppe.

Auch die völlig ungewisse Situation bezogen auf eine weitere unkontrollierte Zuwanderung und die damit verbundene Belastung des Haushalts ist eine monetäre Gefahr - und letztlich auch eine Gefahr für den sozialen Frieden; denn Sie werden dann erklären müssen, warum Sie dies nicht schon bei der Haushaltsplanung besser berücksichtigt haben und der Haushalt mit heißer Nadel gestrickt worden ist.

Ein Haushaltssicherungskonzept schwebt wie ein Damoklesschwert über diesem Doppelhaushalt - so wie schon in den vergangenen Jahren; also alles wie immer.

Was auch wieder nicht erkennbar ist, ist der Wille zum Sparen, zum nachhaltigen Sparen, meine Damen und Herren. Geld ausgeben, insbesondere das Geld von anderen, eben das Geld der Bürger - ja, das können Sie; das ist in Köln erprobte Praxis.

Anstatt ernsthaft zu sparen, suchen Sie nach neuen Einnahmequellen oder erhöhen alte oder streichen bei der Betreuung von Kindern. Da hilft es auch nichts, dass insgesamt mehr Geld für Kinder und Jugendliche ausgegeben wird, wenn das zumindest teilfinanziert wird, indem man nun einfach bei der Betreuung streicht. Und bei dieser Haushaltsgröße hätte man 3,4 Millionen Euro - da sind wir völlig der Meinung der SPD - auch anders einsparen können.

Wir wünschen uns, dass die Verwaltung endlich einen Haushalt vorlegt, welcher der Leistungsfähigkeit dieser Gemeinde entspricht und keine Nettoneuverschuldung verursacht. Wir fordern weiterhin einen Paradigmenwechsel hin zu einem schuldenfreien Haushalt. Das ist immer noch ein sehr weiter Weg. Aber wenn der erste Schritt getan ist, geht sich der Rest des Weges beinahe von alleine - beinahe jedenfalls. Haben Sie den Mut, machen Sie einmal etwas Neues, und gestalten Sie eine nachhaltige Finanzpolitik für Köln.

Unsere Forderung nach einem Masterplan zum Schuldenabbau und zur Rückführung des Haushalts auf die Leistungsfähigkeit der Kölner Bürger erhalten wir aufrecht. Da bieten wir weiterhin unsere Mitarbeit an. Wir wissen, dass das geht. Sie wissen auch, dass es geht. Es ist in Düssel-

dorf und Monheim ja gelebte Praxis. Das wünscht sich die AfD auch für Köln.

Wir wünschen uns außerdem einen aktuellen Brandschutzbedarfsplan und hiermit eine Anerkennung der Leistungen unserer Feuerwehren und keine finanzpolitischen Spielchen damit. Wie eben schon richtig gesagt wurde, ist die Tatsache, dass ein Nachtragshaushalt zur Finanzierung des Brandschutzbedarfsplans im Finanzausschuss vor der Verabschiedung dieses Haushalts angesprochen wird, sicherlich eine einmalige Geschichte und vorher auch im Rat der Stadt Köln noch nie vorgekommen.

Die AfD hat unsere konkreten Sparvorschläge bereits im letzten Jahr vorgestellt. Ich will sie Ihnen aber gerne noch einmal ins Gedächtnis rufen. Der Weg hin zu einem soliden Kölner Haushalt kann damit beginnen,

- dass alle noch nicht begonnenen Großprojekte gestoppt werden und solche, die völlig aus dem Ruder gelaufen sind, einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen werden - lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende -;
- dass kein Schmuck am Nachthemd mehr finanziert wird - Notwendigkeit geht vor Prestige -;
- dass eine kostensenkende Zusammenarbeit mit den Bühnen in Bonn vereinbart wird;
- dass umfangreiche Einkaufskooperationen mit Nachbargemeinden vereinbart werden;
- dass die Personalverwaltung mit Nachbargemeinden zusammengelegt wird;
- dass die Zuschüsse und Fördergelder an politische Vereine und Organisationen sowie an Firmen gestoppt werden.

Gehen wir im Rat mit gutem Beispiel voran, und kehren wir bei den Fraktionszuwendungen auf das Niveau von 2014 zurück.

(Beifall bei der AfD)

Verbessern Sie das Kosten- und Projektmanagement bei allen städtischen Bauprojekten. Die regelmäßigen Kostensteigerungen sind hausgemacht. Das muss nicht sein. Nutzen Sie die Vorschläge des Bundes der Steuerzahler und die Vorschläge der Reformkommission Bau von Großprojekten. Diese Vorschläge helfen Ihnen weiter.

Beim Sparen kommen immer die Kritiker - also diejenigen, die nicht sparen wollen - um die Ecke und sagen, dass diese oder jene Einsparung ja

auf die Gesamtgröße des Haushalts keinen spürbaren Einfluss habe. So kann man natürlich jedes Bemühen um Einsparungen im Keim ersticken. Ausschlaggebend ist aber eben nicht die Größe des Einzeleinsparpotenzials, sondern die Summe aller Maßnahmen - nach dem Motto „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert“ oder für Sie „Wer den Cent nicht ehrt, ist des Euros nicht wert“.

Senken Sie bis zum Wegfall der Nettoneuverschuldung wirksam alle freiwilligen kommunalen Leistungen nach Art. 78 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen.

Verzichten Sie notfalls auf Fördermittel des Landes, wenn der städtische Anteil nur durch Kredite gedeckt werden kann. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, meine Damen und Herren. Haben Sie einfach einmal Mut zum Verzicht.

Das Argument, dass man schnell handeln müsse, damit man die Fördergelder vom Land oder vom LVR nicht verliert, ist in Wirklichkeit keins; denn dann werden oft Hals über Kopf Gelder ausgegeben, die der städtische Haushalt nun einmal nicht hat.

Meine Damen und Herren, diese Gelder fallen ja nicht vom Himmel. Bei den Zuschüssen, die Sie dort erhalten, handelt es sich ebenfalls um Steuergelder. Außerdem werden Zuschüsse des LVR ja auch erst dem Haushalt der Stadt Köln durch die Landschaftsumlage entzogen.

Die genannten Kosteneinsparungen sind nicht abschließend.

Lassen Sie uns Teile des städtischen Grundbesitzes verkaufen. Der Markt dafür ist immer noch günstig.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört! Hört!)

Stellen wir die städtischen Beteiligungen auf den Prüfstand, und verkaufen wir solche, die nicht zu originären Aufgaben der Stadt gehören.

Hören Sie mit der „Gutachteritis“ auf. Wir brauchen nicht für alles und jedes ein Gutachten. Wenn das doch notwendig sein sollte, dann wäre die Stadt personell falsch aufgestellt. Das glaube ich aber nicht. Die Mitarbeiter der Stadt haben die notwendigen Qualifikationen. Sie werden nur nicht abgerufen.

Streichen Sie unnötige Reisen ins Ausland, oder reduzieren Sie wenigstens die Teilnehmerzahl auf ein Minimum.

Nutzen Sie bei Reisen generell die zweite Klasse. Auch damit kommt man an sein Ziel.

Reduzieren Sie durch diese Einnahmen und Einsparungen den horrenden jährlichen Schuldenzins.

Meine Damen und Herren, wieder geben Sie mit diesem Doppelhaushalt Geld aus, für welches unsere Enkel geradestehen müssen. Das muss aufhören. Das wird sich rächen. Meine Damen und Herren, Sie tragen dafür die politische Verantwortung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wünschen Sie für pro Köln zu sprechen, Herr Wiener?

(Markus Wiener [pro Köln]: Ja, das kann ich machen!)

- Das war eine Frage, keine Aufforderung.

Markus Wiener (pro Köln): Sie haben so nett gefragt. Deswegen werde ich die Gelegenheit gerne wahrnehmen. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Ratskollegen! Da ich hier mit so großer Begeisterung, die ich verspüre, gefragt wurde, ob pro Köln auch einen Beitrag zu dieser Haushaltsdebatte leisten will, werde ich das gerne tun. Ich kann Sie aber beruhigen, meine Damen und Herren. Es wird nicht ganz so ausführlich werden wie bei manchem der Vorredner. Wir alle in der Politik kennen ja die Redewendung: Es wurde schon alles gesagt, nur noch nicht von jedem. - Diesem Klischee möchte ich hier ganz bewusst nicht entsprechen und mich deswegen auf einige wenige Punkte konzentrieren.

Zum einen möchte ich anfangs festhalten, dass die Ratsgruppe pro Köln sich der Kritik der SPD-Fraktion am Prozedere der Einbringung, Beratung und Verabschiedung dieses Haushalts voll anschließen kann. Dem, was Herr Börschel hinsichtlich der Kritik am Prozedere der Einbringung und Verabschiedung des Haushalts vorgetragen hat, ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Er hat das schon sehr treffend geschildert.

Inhaltlich wurde in der Rede des AfD-Vertreters, Herrn Rottmann, vieles richtigerweise kritisiert. Da kann ich mich auch weitgehend anschließen. Er hat ja Punkte genannt, die wir in den vergan-

genen Jahren so oder ähnlich auch immer wieder vonseiten von pro Köln vorgebracht haben.

Ergänzen möchte ich aus meiner persönlichen Sicht nur noch, dass ich seit über zehn Jahren aktiv diese Haushaltsberatungen im Finanzausschuss und im Stadtrat mitverfolgen darf - oder muss; je nachdem, wie man das sehen will. Seit über zehn Jahren höre ich immer wieder: Das ist jetzt aber wirklich der letzte sogenannte Übergangshaushalt, bei dem wir noch einmal so hohe Schulden machen. - Ratskollegen, die noch länger dem Rat angehören, werden wahrscheinlich noch viele Jahre mehr genau diese Erfahrung gemacht haben, dass immer wieder gesagt wird: Das ist jetzt der letzte Haushalt, bei dem wir uns dermaßen verschulden.

So kann es mittelfristig nicht weitergehen, weil die Rücklagen aufgezehrt werden und weil die Stadt Köln unweigerlich, wenn es auf diese Art und Weise weitergeht, finanziell an die Wand gefahren wird, und zwar bis zum Punkt der Überschuldung, bis zum Punkt, wo wirklich der Nothaushalt verhängt werden muss, bis zum Punkt, wo diese theoretischen Rücklagen auch rechnerisch aufgebraucht sind. Ich spreche immer von theoretischen Rücklagen, weil sie praktisch sowieso niemals zur Schuldentilgung verwendet werden könnten. Wir können ja nicht unsere Plätze, Straßen und Brücken verkaufen, die alle in dieser fiktiven Ausgleichsrücklage enthalten sind. Das ist also nur ein theoretischer Wert. Selbst dieser theoretische Wert wird in einigen Jahren restlos aufgebraucht sein. Das ist die Realität.

Alle hier im Stadtrat in wechselnder Konstellation verantwortlichen Parteien, die sogenannten Altparteien, haben es nicht geschafft, eine finanzpolitische Wende einzuleiten. Sie wird von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung immer nur angekündigt - seit vielen, vielen Jahren.

Ich muss kein Prophet sein, um jetzt schon vorhersagen zu können, dass wir bei der Beratung des nächsten Haushalts wieder ein Zahlenwerk vorgestellt bekommen werden - egal wer von den Altparteien die Verantwortung trägt, ob die SPD, die CDU, die Grünen oder die FDP -, das eine immense Neuverschuldung enthält, und dass wir dann auch die gleichen Beteuerungen hören werden, dass das jetzt aber wirklich der letzte Haushalt sein wird, bei dem wir uns dermaßen verschulden, und dass wir unbedingt schnellstmöglich die Wende einleiten müssen.

Meine Damen und Herren, man muss kein Finanzwissenschaftler sein, um zu sehen, dass

diese Milchmädchenrechnung über kurz oder lang nicht mehr aufgehen wird. Das Desaster, das Sie unseren Kindern und Kindeskindern hinterlassen, wird enorm sein. Ich kann nur hoffen, dass wenigstens die Hauptverantwortlichen irgendwann auch noch politisch dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Deshalb ist es selbstverständlich, dass die Ratsgruppe pro Köln auch diesen unverantwortlichen, desaströsen Doppelhaushalt wieder ablehnen wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die AfD und pro Köln den Laden hier verständlicherweise leer geredet haben, können die Kolleginnen und Kollegen nun in den Saal zurückkommen, weil jetzt wieder eine verantwortungsvolle Partei spricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Deinen Freunden)

- Danke. Das konnte ich mir nicht verkneifen.

Manchmal ist es ganz spannend, zurückzuschauen. Ich habe mir einmal die Zeit genommen, die Wortprotokolle der letzten Haushaltssitzungen zu überfliegen. Vor allen Dingen ist mir dabei ein Zitat von Jörg aufgefallen, das ich jetzt einfach einmal kurz vorlesen muss.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Von Herrn Detjen!)

- Von Jörg Detjen, ja. Ich duze ihn auch schon mal. Insoweit ist es hoffentlich okay, dass ich ihn so nenne.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nicht in Reden!)

- Es gibt ja noch ein paar andere Jörgs. Aber das wollen wir jetzt nicht diskutieren, glaube ich. Okay. - Sein Zitat lautet:

Einerseits finden zum ersten Mal

- Achtung: 2015 -

seit Jahren keine Kürzungen für freie Träger im Sozialbereich, bei der Gesundheitsprävention, bei Bildung und Jugend oder bei der Kultur statt. In ein-

zelenen Bereichen - bei den Bürgerhäusern und bei der offenen Jugendarbeit - wird sogar leicht zugesetzt.

Ja, es tut manchmal ganz gut, einen Blick zurückzuwerfen und sich auch einmal durchaus selbstkritisch an die eigene Nase zu fassen - insofern sollte da auch meine eigene Haushaltsrede nicht fehlen -: Was hat man denn selber vor einem Jahr gesagt? Was hat sich geändert? Oder ist es genauso wie im vergangenen Jahr? Was für einen Murks hat man möglicherweise gemacht? Oder hat man vielleicht sogar nachhaltig etwas für Köln erreicht? Und was bedeutet das alles für die aktuelle Entscheidung zu diesem Haushalt?

Die Kölnerinnen und Kölner verdienen es nämlich, dass man nicht vergisst, wofür man sich eingesetzt hat und wofür man vor allen Dingen in Zukunft steht.

„Haushalt in Köln - Rückenwind durch Piraten“: Mit diesem Zitat aus der *Kölnischen Rundschau* habe ich meine damalige Rede begonnen. Ja, das war Rückenwind. Mit uns wurden die freie Theater- und Kulturszene, die Klubkultur, die Internetstadt Köln und die Digitale Agenda gestützt und vieles Weitere gefördert. Darauf gehe ich gleich noch etwas genauer ein.

Dieser piratige Wind hat 2015 ebenso dazu geführt, dass der vergangene Haushalt weitgehend von sozialen Kürzungen verschont geblieben ist. Bei den damaligen Mehrheitsverhältnissen hatten auch die Union und die Liberalen keinerlei Möglichkeit, Kürzungen durchzusetzen. Das war 2015 noch so.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Und heute, 2016? Wo finde ich digital, sozial und transparent? Ja, das ist unser offizielles Parteiemotto. Manchmal sind Mottos ja auch einfach nur austauschbar. Aber das ist für uns und vor allen Dingen für mich Identität und politische Ausrichtung zugleich, aber auch Richtschnur und Messlatte für alle unsere Entscheidungen, die eben nicht so einfach austauschbar sind. Digital, sozial und transparent - das sind alles Begriffe, die wir hier leben und im Rat nachweislich mit Leben füllen.

Mit Transparenz nerven wir zugegebenermaßen die Verwaltung. Mit bisher über 150 Anfragen und Anträgen haben wir schon mehr als die meisten kleinen Fraktionen und Gruppen zusammen auf dem Kerbholz.

(Markus Wiener [pro Köln]: Quantität statt Qualität!)

- Da wissen Sie ja anscheinend, wovon Sie reden. - Hier bitte ich die Verwaltung um Nachsicht, aber auch um Verständnis; denn das mit der Transparenz ist im Gegensatz zu anderen bei uns eben kein Lippenbekenntnis.

Digital ist natürlich unser Schwerpunkt. Mit Fragen und Anträgen haben wir schon eine ganze Menge erreicht, zum Beispiel die Einbindung der Digitalen Agenda in die Planungen der neuen Bürgerbeteiligung, die Unterstützung des Freifunks, die auch zu spannenden Projekten in Köln führen wird, die Onlineverbesserungen bei der Stadt und, und, und. Ich zähle das lieber gar nicht auf, weil Herr Dr. Elster dann wieder umdreht, glaube ich; denn damit nerve ich ihn im Unterausschuss schon oft genug. Es lohnt sich aber in jedem Fall, dort genauer hinzusehen.

Sozial: Damit komme ich zu dem Punkt, der uns zu der Entscheidung bringt, diesem Doppelhaushalt 2016/2017 nicht zuzustimmen. Wie schon gesagt, haben wir 2015 dafür gesorgt, dass es nicht zu weitgehenden sozialen Einschnitten gekommen ist. Immerhin werden die Klubkultur, die freie Kultur und die Kunstszene weiter gefördert. Das ist auch auf unsere Initiative bereits im letzten Haushaltsjahr zurückzuführen. Insoweit ist es positiv, dass es an dieser Stelle weitergeführt wird. Das ist aber leider nicht genug.

Man kann sich die Erhöhung der Kitagebühren natürlich, wie wir vorhin gehört haben, schönreden und argumentieren, dass dies in Wirklichkeit einen Gewinn darstelle. Es bleibt aber eine Erhöhung; denn sogar Städte wie Düsseldorf bieten Kitas fast komplett frei an. Aber dann ist es halt - - Aus Respekt erspare ich es mir, den Satz vor diesem Hause zu beenden.

Man kann natürlich auch notwendige Investitionen in die Feuerwehr auf die lange Bank schieben. Das kann man zwar machen. Aber dann ist es eben auch so.

Das alles kann man aber nicht mit uns machen. Hier geht es auch nicht darum, Farbenspiele, Bündnisse oder Kooperationen zu stützen, sondern darum, ein soziales Gewissen zu haben und dieses ausnahmslos bei Sachentscheidungen vor allem auch zu behalten.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Das gilt auch für den fahrscheinlosen ÖPNV, der durch unsere Initiative kommt, und für die Flüchtlingshilfe, bei der wir uns in Zukunft nicht zurücklehnen werden, wie das andere hier schon andeuten.

Das gilt auch für die Ausweitung der Videoüberwachung, die wir zumindest etwas aufgeschoben haben. Das ist zumindest ein klitzekleiner Erfolg. Ich hoffe, dass wir dann auch deutlich mehr erreichen. Gott sei Dank gibt es in den Zeiten der neuen Mehrheit die Chance, dass wir das schaffen können.

Das opfern wir auch nicht irgendeiner taktischen Räson. Andere, ganz offensichtlich auch kleine Gruppen, scheinen da anders zu ticken. Wir nicht; denn wir bleiben berechenbar. Ich empfehle allen da draußen, immer genau hinzusehen, wer sich auf einmal zu einem Etablierten wandelt - ganz gleich, wie hübsch und bunt er sich vorher gibt.

(Beifall bei der Linken)

Digital, transparent und sozial: Vielleicht sind wir hier die einzige echte, neutrale, ideologiefreie und ernst zu nehmende Partei und Gruppierung im Rat, die eben nicht irgendwelchen Lagern und Machtspielen zuzuordnen ist. Das galt übrigens auch bei der offenen Absichtserklärung zu Paprika in der Vergangenheit nicht. Auch in Zukunft wird das nicht gelten. Wer mit uns zusammenarbeiten will, wird an diesen drei Eckpunkten in einzelnen Sachthemen nicht vorbeikommen - oder sich im Zweifel Partner suchen, die sich leichter verbiegen lassen; das mag sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und des Rats-TV! Unsere Deine-Freunde-Ratsgruppe wird dem Doppelhaushalt 2016/2017 zustimmen. Wir sehen trotz der schmerzhaften Rücknahme eines Teils der Beitragsfreiheit bei den Kitgebühren keine wesentlichen Gründe, diesen Haushalt abzulehnen.

Warum wir auch der Kürzung bei der Beitragsfreiheit zustimmen können, haben wir am ver-

gangenen Dienstag wiederholt hier im Rat dargelegt und ist auch auf unserer Webseite nachzulesen. Herr Börschel hat mich gerade schon zutreffend zitiert.

Seine Schlussfolgerung, in der er uns unterstellt, diese Gelder im allgemeinen Haushalt verschwinden zu lassen, ist hingegen falsch; denn diese Gelder werden gezielt in den Bildungsbereich investiert.

(Beifall bei Deinen Freunden, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Verschiebung der Entscheidung zum Bedarfsplan der Feuerwehr tragen wir mit. Wir stimmen einem heutigen Kommentar im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu großen Teilen zu. Auch wir stellen einen Vertrauensverlust fest, den die Kölner Feuerwehr mit verursacht hat. Daher können wir verstehen, dass CDU und Grüne sich die dazugehörige Beschlussvorlage weiter genau angucken wollen.

Das Ziel muss allerdings sein - das ist für uns ebenso klar -, die immensen Überstunden abzubauen. Ich bin mir sicher, dass darüber eine Verständigung erzielt werden kann.

Der vorgelegte Haushalt ist nicht lediglich eine Fortschreibung der vergangenen Jahre. Es sind aus unserer Perspektive auch Verbesserungen zu erkennen.

Nennen möchte ich hier zwei Beispiele im Verkehrsbereich. Für die autofreie Alternativplanung zum Niehler Gürtel sind 400 000 Euro eingestellt. In diesem Zusammenhang haben wir übrigens erfreut festgestellt, dass im Beschluss am vergangenen Dienstag zur Mülheimer Brücke von einer - Zitat - „zu erwartenden“ Radwegeverbindung entlang des Gürtels gesprochen wird. Es ist schön, dass auch die SPD nun diesen Radweg erwartet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht mitgetragen hat diesen Beschluss übrigens die FDP. Doch auch diese hat sich beim Haushalt mit Verbesserungen für den Radverkehr eingebracht. Die für Radfahrer nahezu unmögliche Nord-Süd-Querung des Neumarkts wird nun mittels einer Studie näher untersucht.

Daneben gibt es weitere Verbesserungen wie Zusetzungen zum Ausbau und Untersuchungen zur besseren Verknüpfung des Radwegenetzes.

Im Kulturbereich konnten wir uns mit zwei Projekten konkret einbringen. Kleine Festivals sollen

spartenübergreifend zusätzliche Mittel erhalten. Aber auch weitere Akteure der Kunst- und Kulturszene wie Atelieregemeinschaften sollen von einer Mikroförderung profitieren können. Neben der erfreulichen Stärkung der freien Szene allgemein wollen wir mit diesen Programmen noch näher an den eigentlichen Nährboden, an den Nachwuchs, heran. Das Ganze soll eine Anerkennung und Wertschätzung auch der Subkulturszene werden.

Die Aufarbeitung des Messe-Skandals - so viel zum Thema „Transparenz mit Substanz“ - ist nun finanziell abgesichert. Das ist eine gute Investition in Kölns Zukunft. Diese Untersuchung sehen wir nicht nur rückwärtsgewandt; denn sie soll uns auch Erkenntnisse liefern, wie wir solche kapitalen Fehler in Zukunft vermeiden können. Wir ringen im Rat und in den Ausschüssen oft um wenige Tausend Euro. Der Messeskandal kostet die Stadt mehr als 60 Millionen Euro.

Nach Jahren erfolglosen Anrennens der Bezirke ist es nun endlich gelungen, die Bezirke finanziell wieder besser auszustatten. Die bezirklichen Kulturmittel werden deutlich erhöht.

Auch die Klima- und Stadtverschönerungsmittel der Kulturförderabgabe stehen wieder zur Verfügung.

Der Bürgerhaushalt erhält endlich wieder eine finanzielle Grundausstattung. Über 100 000 Euro pro Bezirk können Kölns Einwohner wieder selbst entscheiden. Hier ist natürlich viel zu verbessern. Aber die Richtung stimmt wieder.

Auch im Bereich „Soziales, Diversity, Integration, Geflüchtete“ gibt es Zusetzungen, ebenso für den Sport.

Wirklich gefreut hat uns übrigens der Titel „Wasserspielplatz Innerer Grüngürtel“. Diese Erneuerung ist auch eine alte Deine-Freunde-Forderung.

Wir können dem Haushalt zustimmen, da in dem für uns wichtigen Feld „nachhaltige ökologische Neuorientierung“ ein stärkeres Umsteuern erkennbar ist. Auch die Stärkung der Bezirke, des Bürgerhaushaltes und der Bürgerbeteiligung begrüßen wir ausdrücklich.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir das Erreichte für ausreichend erachten. Es bedeutet auch nicht, dass unsere Deine-Freunde-Ratsgruppe nun der schwarz-grünen Kooperation beigetreten wäre. In vielen Themenfeldern sehen wir weiterhin einen Dissens zwischen uns und dem

schwarz-grünen Bündnis, aber auch der Verwaltung.

Nicht mittragen wollen wir etwa das Vorantreiben der Planung zur Historischen Mitte. Den bisher angedachten Museumskomplex am Roncalliplatz halten wir aktuell für nicht realisierbar.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie haben doch Geld im Haushalt drin!)

- Ja. Aber wir werden es nicht mittragen. Wir wissen um den Sanierungsbedarf der beteiligten städtischen Museen. Wir kennen auch die Argumentation, die gerne von vorausschauendem Handeln und Mut zur großen Lösung spricht. Doch mit Oper/Schauspiel, Archäologischer Zone/Jüdischem Museum und Neubau des Historischen Archivs haben wir aktuell drei Großbaustellen, die wir zunächst in Ruhe und geordnet fertigstellen sollten, bevor wir uns auf neue - man muss es leider so sagen - finanzielle Abenteuer einlassen.

Wir wollen erst einmal wieder durchatmen können. Gönnen Sie der Stadt eine Pause. In dieser Pause wollen wir auch über andere Lösungen nachdenken können, etwa eine Sanierung des Römisch-Germanischen Museums am angestammten Platz. Eingehender prüfen könnte man aber auch einen Umzug des Kölnischen Stadtmuseums ins ehemalige Rautenstrauch-Joest-Museum. Dieses Gebäude wartet nun seit Jahren auf eine neue kulturelle Nutzung, zu der die Stadt im Übrigen auch verpflichtet ist.

Nicht mit uns machbar sind auch alle Ideen einer Tiefgarage unter dem Ebertplatz. Wir sollten unsere Kräfte auf die tatsächliche Umsetzung des gewünschten neuen Verkehrsmittelmix konzentrieren. Um die Klimaziele zu erreichen, wird der Autoverkehr Abstriche machen müssen.

Wenn Köln seine Klimaziele erreichen will, müssen wir auch über Grünfraß in unserer Stadt sprechen. Köln ist eine an Einwohnern wachsende Stadt. Unsere zur Verfügung stehenden Flächen bleiben aber gleich. Als wir vorgestern über den SPD-Antrag „Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen!“ diskutiert haben, war es bezeichnend, dass alle Rednerinnen und Redner nur über Wohn- und Gewerbeflächen gesprochen haben. Zu Grünflächen hat niemand etwas gesagt.

Deine Freunde lehnen jedes Antasten von Grünflächen ab. Parks und Schrebergärten wollen wir schützen.

Ebenso lehnen wir die Erweiterung des FC-Trainingsgeländes im Inneren Grüngürtel ab. Die Bürgerinnen und Bürger können dort im Übrigen sehr gut zwischen einer mit Kunstrasen versiegelten und eingezäunten Fläche und der bisherigen für alle zugänglichen Wiese unterscheiden. Wir sind da auf der Seite der Blumen, Bienen und Menschen vor Ort.

(Beifall bei Deinen Freunden)

Die Forderung Johannes Raus „Versöhnen statt spalten“ klingt in manchen Ohren zu Recht etwas pastoral. Dem Sinne nach kann man sie aber nur unterstützen. Auch wir fordern für die zukünftige Zusammenarbeit im Rat eine ausschließlich an der Sache orientierte und faire Zusammenarbeit. Wir halten nichts von dem Ansatz, nur aus einem sportlichen Ehrgeiz heraus Keile in eine bestehende Kooperation zu treiben. Dieses Geplänkel sind Kölns Bürgerinnen und Bürger auch leid.

(Beifall bei Deinen Freunden)

Die Abstimmungen zum Niehler Gürtel bei der Mai-Sitzung waren so ein unrühmlicher Fall.

Sie machten aber auch indirekt eines deutlich: Wenn die demokratischen Fraktionen es mit ihren Aussagen zum Umgang mit Rechtsextremen ernst meinen, muss man auch nüchtern mathematisch akzeptieren, dass Schwarz-Grün im Rat eine relative Mehrheit hat.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir haben noch nie mit Rechten gestimmt!)

Natürlich muss diese Mehrheit im Beschlussfall auch eine Mehrheit der Stimmen sein. Die Empörung wäre zu Recht groß, wenn Schwarz-Grün hier Anträge stellen würde und es dem Zufall überlassen würde, ob diese eventuell mithilfe von rechtsextremen Stimmen beschlossen werden.

Gleiches gilt aber auch für Anträge der anderen Fraktionen und Gruppen. Lasst uns neue, bessere Ideen gemeinsam einbringen, wie wir dies bei vielen Anträgen bereits praktizieren. Übrigens gibt es ja auch einige Anträge, die inzwischen von CDU und Linken gemeinsam gestellt werden. Lasst uns das doch gemeinsam machen.

Zum Schluss möchte ich mich an Sie, Frau Oberbürgermeisterin, wenden. Erst seit etwas mehr als einem halben Jahr sind Sie im Amt, und schon heute können wir deutliche und positive Veränderungen erfreut zur Kenntnis nehmen.

Damit meine ich zunächst auch Ihre Sitzungsleitung. Sie reduzieren sich nicht nur auf eine formal korrekte Leitung, nein, Sie moderieren diese Sitzung auch, fassen Debatten verständlich zusammen und beziehen dabei aber auch klar persönlich Stellung.

(Beifall bei Deinen Freunden, der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Damit beweisen Sie auf jeder Sitzung, dass Sie in der Tat eine unabhängige, aber engagierte Oberbürgermeisterin sind.

(Beifall bei Deinen Freunden, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Markus Wiener [pro Köln]: Bravo!)

Sie sind aber auch vor Ort in den Stadtbezirken anzutreffen und engagieren sich für eine bessere Bürgerbeteiligung. Bitte halten Sie diesen Ihren eigenen Stil durch. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei Deinen Freunden, der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat jetzt das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Für mich ist dies der erste Haushalt, über den ich mit zu entscheiden habe. Diese Entscheidung bewegt mich natürlich schon seit Vorlage des eingebrachten Entwurfs. Erlauben Sie mir deswegen bitte eine etwas bürgerliche Sichtweise auf dieses Papier; denn ich habe bei Transferlisten und ähnlichen Dingen zwar hingehört, aber nicht wesentlich mitarbeiten können.

Ich stimme Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, aber nicht zu, wenn Sie diesen Haushalt als uneingeschränkt genehmigungsfähig bezeichnen; denn „uneingeschränkt genehmigungsfähig“ ist ein Phänomen. Ich glaube, dass das eigentlich das Optimum sein müsste. Das ist es aus unserer Sicht aber nicht. Was sind denn die Wirkungsweisen dieses Haushalts? Besser gesagt: Es ist schon ein System, das sich hier immer wiederholt. Jetzt liegt wieder ein Doppelhaushalt vor. Die 5-Prozent-Hürde wird zum Mittel zum Zweck. Die Neuverschuldung folgt auf dem Fuße, und die Rücklagen werden aufgezehrt. Das sind keine guten Attribute.

Positiv ist, dass der Haushalt nun wirklich nach einigen wenigen Monaten der angefangenen Periode vorliegt.

Was ich vermisse, ist die Perspektive - insbesondere im Hinblick auf die Risiken, die wir bis 2018 sichten und aufarbeiten müssen. Da vermisse ich im Wesentlichen den Fußabdruck einer Politikveränderung.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Zu den Fakten: Der Haushalt ist hart am Limit gerechnet. Er verträgt Konjunkturfälle noch weniger als der Kalkberg einen Erdstoß. Wir schreiben ein Milliardenbudget. Und schauen Sie nur zurück, nach welcher kurzen Zeit nun bereits eine Vier vorne steht. Ich kann nicht ermessen, wie lange dieses Zahlenwerk die von Ihnen, Frau Klug, gewollte Wirkungsorientierung durchhält.

Schließlich soll es die Verbindlichkeiten der vor sich hindümpelnden Katastrophenfälle auffangen:

Das ist der Kalkberg.

Das ist die Koelnmesse - ein Projekt, das die Stadt jedes Jahr mit Millionen subventioniert, obwohl es ein profitables Unternehmen ist. Mit der noch nicht erfolgten Klärung des Hallenankaufs usw. schieben wir Dinge vor uns her, die wir heute nicht bewerten können.

Das ist der Stadtarchiv-Einsturz - sicherlich die größte Wunde, die unsere Stadt hat. Hier sind Reparationen und Rücklagen fällig. Die Stiftung, die für die Behebung dieser Wunde sorgt, ist doch als Geldsammelstelle endlich und wird das nicht leisten können.

Das ist die Nord-Süd-Bahn - mit den Anfechtungen der Trassen- und Verkehrsführung durch mehrere Bürgerinitiativen ein schwebendes Verfahren.

Das ist das Desaster beim Bühnen-Ensemble - eine Folge von wirklicher Verantwortungslosigkeit und ungeklärten Verfahrens- und Prüfproblemen. Insbesondere sind hier nicht die Zinsdienste, Kapitaldienste und Annuitäten geklärt.

Das ist die Archäologische Zone. Dazu komme ich gleich noch.

Unabänderlich, aber planbar sind die Mittel für Substanz- und Existenzsicherung. Ich will das nicht im Einzelnen aufzählen. Das gehört zu den Pflichten der Stadt - an allererster Stelle.

Die Reserven für ein weiteres Risiko sind da aber nicht drin.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund werden nun neue tunnelgeführte Bahnstrecken, neue Brücken, historische Quartiere und sonstige Prestigeobjekte thematisiert und finden Mehrheiten - so auch die Historische Mitte.

Ich sage Ihnen: Mit uns bitte nicht. Bevor nicht die Frage des Römisch-Germanischen Museums und die Frage des Kölnischen Stadtmuseums gelöst sind, wollen wir das nicht machen.

Wir haben bei der Archäologischen Zone sicherlich bewiesen, welche Möglichkeiten wir haben, mit der Bürgerschaft gegen solche Beschlüsse vorzugehen.

Wie steht es denn im Moment um das Prestigeobjekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum? 50 Prozent Mehrkosten, ganz grob geschätzt, durch Planungs- und Grabungschaos; 50 Prozent Flächenschrumpfung gegenüber der Erstplanung; Reduzierung der Besucherzahlen fast auf ein Drittel der ursprünglichen Planung; Wechselausstellungen mit sehr hohem Marketing- und Kommunikationsbedarf, aber bisher namen- und konzeptlos; Zusatzbelastungen, aber bisher kein neues LVR-Vertragswerk in Sicht. Summa summarum schätzen wir, dass sich alleine aus dieser Position ein enormer Kapitaldienst ergibt, der circa 6 Millionen Euro pro Jahr beträgt.

Zu Opern-Ensemble und Archäologischer Zone sage ich einmal - das ist auch beim Kalkberg anzunehmen -: Bauen gehört in das so benannte Dezernat. Die Fachdezernate ziehen sich auf die Konzeption und Mitsprache zurück. Das ist unsere Forderung. Das wollen wir.

Lassen Sie uns aber vielleicht die Bestände überdenken und die Risiken analysieren. Das ist unser Ansatz, gemeinsam mit Ihnen da auch konstruktiv zu arbeiten.

Frau Klug, wir haben über Divestment, Ausstiegsszenarien und rentable Beteiligung gesprochen. Die Kölner Divestment-Strategie, so haben Sie mir erklärt, spielt in die internationalen Finanzmärkte hinein. Das sollte publik gemacht werden. In diesem Zusammenhang sollte der von Ihnen in der Haushaltsrede zur Sommerpause zugesagte Risikokatalog nun auch wirklich nach dem Ende der Sommerpause vorliegen.

(Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Wir hatten nach der letzten Ratssitzung am

Rande drei Sätze ausgetauscht! Ich weiß nicht, zu welchen Schlussfolgerungen Sie jetzt hier kommen! Das ist für mich nicht nachvollziehbar! Darüber müssen wir noch einmal sprechen!)

- Gut. - In diesem Zusammenhang sage ich Ihnen: Das Streben nach Transparenz und Nichtöffentlichkeit passen aus Bürgersicht nicht zueinander.

Es kann aber an ganz anderen Positionen optimiert werden, nämlich bei den Beteiligungen der Stadt. Diese Positionen bergen Reserven für Kosten- und Organisationssynergien, Einnahmen aus Verkäufen oder Kostenschnitte durch Auflösungen oder andere Veränderungen - wohl wissend, dass selbst ein maroder Betrieb immer noch zu einer gewissen Liquidität beitragen kann.

Wirkungsorientiert bedeutet für mich auch, unternehmerisch an das Thema heranzugehen. Als Beispiel nenne ich hier die Kölner Sportstätten GmbH. Darum habe ich mich mehr oder weniger intensiv bemüht. Diese Beteiligung erwirtschaftet ungefähr 13 Millionen Euro Umsatz. Auf der Webseite stehen 15 Millionen Euro. Sie hat ein traditionelles Minus - ohne Aufstiegschancen.

Selbst die deutlich gesteigerten Mieteinnahmen für das RheinEnergie-STADION vom Erstligisten 1. FC Köln versprechen der GmbH keine Gewinnaussichten. Dafür gönnt man sich ein Office in den VIP-Lounges und bringt sich so um mehrere Hunderttausend Euro Ertrag im Jahr. Das RheinEnergieSTADION und die Vermarktungsrechte sollten Sie schnellstens an den FC verkaufen und die Lounge räumen.

Besonders auffällig sind geplante Personalkosten von über 2,3 Millionen Euro im Jahr.

Damit nicht genug: Neben weiteren Stadien, zum Beispiel dem wenig genutzten Radstadion, leistet sich die GmbH eine Golfanlage. Das mag früher gepasst haben. Jetzt passt es nicht mehr. Die Chance, das Gelände 2016 lukrativ an einen Investor zu verkaufen, haben Aufsichtsrat und Geschäftsführung ausgeschlagen und stattdessen einen neuen Pachtvertrag mit enormen Einkommensnachteilen für die GmbH abgeschlossen. Diese Informationen können Sie auch der Presse entnehmen. Den Neupächtern drohte dann ein Klageverfahren, das ich durch einige Gespräche, glaube ich, abgewendet habe.

Last, but not least: Das von einem privaten Golfklub finanzierte Klubgebäude will dieser nächs-

tes Jahr verkaufen. Das Gutachten sagt 450 000 Euro, der Klub fordert 1 Million Euro.

Summa summarum wird dieser Betrieb aus dem Doppelhaushalt 2016/2017 mit über 10 Millionen Euro Zuschüssen gepampert.

Weitere Beteiligungen und Exitpotenziale, die Geld und Zeit kosten, aber weder zu den Kernkompetenzen zählen noch strategisch ins städtische Portfolio passen, sind BioCampus und RTZ. Sie sind gut gemeint, kommen aber einfach nicht auf einen grünen Zweig.

Zu nennen ist auch die Gruppe der städtischen Krankenhausbetriebe - vielleicht nach dem Motto „Getrennt marschieren, aber gesammelt zuschlagen“. Hier spielt die Stadt Bank und gibt diesen Unternehmen einen Kredit. Angeblich ist das Abrechnungssystem schuld. Wie ich schon im Finanzausschuss gesagt habe, gibt es da aber andere Lösungen. Insofern glaube ich nicht, dass das notwendig ist. Über den Verkauf einer solchen Gruppe nachzudenken, überlasse ich Ihnen.

Zu Kunstakademie und Acht-Brücken-Festival sage ich Ihnen: Sponsoren können das besser, sind reicher und bleiben auch in dieser Stadt.

Außer den hier genannten Betrieben gehen mit einer Summe von über 60 Millionen Euro in den Doppelhaushalt ein.

Zu guter Letzt: der Bürgerhaushalt. Das ist ein Hobby von mir. Letztendlich ist der Bürgerhaushalt auch aufgrund der Initiative der Freien Wähler oder damals noch des Kölner Bürger-Bündnisses entstanden. Schaffen wir es, im Eiltempo - mit dem Anspruch auf eine exzellente Kommunikationskampagne - dieses für mich wichtige Instrument endlich ans Leben zu bringen? Schaffen wir das noch 2016? Ich glaube, dass das 2016 kaum gelingen wird; denn bisher liegt außer einer wissenschaftlichen Evaluierung des letzten Haushalts nur eine schriftliche Ansage der Verwaltung vor, ein Konzept vorzulegen.

Mein Vorschlag für den Bürgerhaushalt lautet: 2016 sausen lassen, ein rundes Konzept für 2017 und später entwickeln und den verfügbaren Betrag für das Startjahr auf 1,35 Millionen Euro erhöhen, nämlich in 2017 einfach ein höheres Budget zur Verfügung stellen. Abzüglich der Kosten für eine Kampagne würden Sie dann zumindest 500 000 Euro einsparen, und Sie hätten die Chance, der Bürgerschaft ein wirklich gekonntes Konzept vorzustellen und eine breite Teilnahme zu sichern.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker, sehr geehrte Frau Klug, lassen Sie uns eine Zielgröße zu den vorgenannten Exit- und Synergiestrategien festlegen. Ob es 50 oder 60 Millionen Euro sein werden, wird sich zeigen. Dann werden wir aber den Haushalt verschlanken, und wir werden bei sozial verträglichen Auflösungen und Liquidierungen der Stadt auch wieder qualifizierte Mitarbeiter zuführen können. Schließlich suchen wir über 1 000 Mitarbeiter.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker, ich stimme heute diesem Haushalt zu, auch wenn die Kritikpunkte sehr hoch anzusiedeln sind. Weil unsere Ansätze und das Konzept der angemessenen Bürgerbeteiligung aber eine politische Veränderung und auch eine Zukunft brauchen, stimme ich ihm zu; denn die Gründe, über die ich gesprochen habe, liegen in der Vergangenheit und sind nicht von Ihnen zu verantworten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Deinen Freunden)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, meine Damen und Herren. - Damit kann ich die Debatte schließen.

Jetzt rufe ich die Tagesordnungspunkte 2.1 und 6.1 auf, die, wie wir eben in dem Beschluss über die Tagesordnung festgelegt haben, zusammen behandelt werden sollen:

2 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**2.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Das Festival ACHT BRÜCKEN/Musik für Köln darf nicht weiter im Ungewissen bleiben: Es muss auf langfristige Finanzierungsgrundlagen gestellt werden“
AN/1109/2016**

6 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen

**6.1 AchtBrücken GmbH
hier: Betriebskostenzuschuss für das Geschäftsjahr 2018
3123/2015**

Gibt es dazu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD und die Linken. Enthaltungen? - Bei den Piraten. Damit ist er abgelehnt.

Ich lasse dann über die Vorlage zu Tagesordnungspunkt 6.1 in der Fassung des Finanzausschusses, Anlage 2, abstimmen. Wer ist dagegen?

(Martin Börschel [SPD]: Frau Oberbürgermeisterin, wir würden gerne wie Alternative 1 abstimmen! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen das nicht!)

- Wollen Sie damit einen entsprechenden Änderungsantrag stellen, Herr Börschel?

(Martin Börschel [SPD]: Ja!)

Meine Damen und Herren, dann lasse ich erst über die Vorlage der Verwaltung, Alternative 1, abstimmen. Wer ist dafür? - Das ist die SPD. Enthaltungen? - Die AfD und pro Köln enthalten sich. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage in der Fassung des Finanzausschusses, Anlage 2, abstimmen. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der AfD ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

**6.2 Ausbau des Stadtgartens zu einem Europäischen Zentrum für Jazz und aktuelle Musik
1847/2016**

Hier stimmen wir über die Vorlage mit angepasstem Beschlusstext ab, meine Damen und Herren; das möchte ich vorweg noch sagen. Der Rat beschließt, nicht der Ausschuss für Kunst und Kultur.

Gibt es Gegenstimmen? - Herr Wortmann stimmt dagegen. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD und pro Köln enthalten sich. Damit ist das so beschlossen.

Wir kommen zu:

7 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

Tagesordnungspunkt

7.1 Haushaltsplan 2016/2017

Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW für den Bezirk Ehrenfeld 2127/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine.

(Zuruf)

- Abstimmung wie im Finanzausschuss. Das ist eigentlich selbstverständlich. Ich sage es dann aber jedes Mal dazu, wenn das der Vollständigkeit halber gewünscht wird.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir sind dagegen!)

- Dann stimmen Sie dagegen. - Ich rufe also noch einmal den Tagesordnungspunkt 7.1, Abstimmung wie im Finanzausschuss, auf. Gegenstimmen? - Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

7.2 Beschluss der BV Porz vom 14.06.2016: Stadtverschönerung in den Bezirken 2194/2016

Ebenfalls Abstimmung wie im Finanzausschuss, meine Damen und Herren.

Gegenstimmen? - Die Linke. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7.3 entfällt.

Ich rufe auf:

8 Stellenpläne

Tagesordnungspunkt

8.1 Stellenplan für die Jahre 2016/2017 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 1557/2016

Auch hier wird wie in der Fassung des Finanzausschusses, Anlage 4, abgestimmt.

Wer stimmt dafür, meine Damen und Herren? - Das sind die Grünen, Deine Freunde, die CDU, die FDP und Herr Wortmann. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der SPD, der Piraten, der AfD und von pro Köln. Enthaltungen? - Es enthält sich die Linke. Damit ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

8.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2016/2017 1127/2016

Der Finanzausschuss hat diesem Stellenplan einstimmig zugestimmt.

Ich frage auch hier: Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Piraten, Deine Freunde, die CDU, die Linke, Herr Wortmann und die FDP. Gibt es Gegenstimmen? - Bei Gegenstimmen von AfD und pro Köln ist das so beschlossen. Jetzt kann sich eigentlich keiner mehr enthalten. - Das ist auch nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

8.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2016/ 2017 1620/2016

Auch diesem Stellenplan wurde im Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Wer stimmt hier dafür? - Das sind die SPD, die Piraten, die Grünen, Deine Freunde, die CDU, die Linke, Herr Wortmann, die FDP und die Oberbürgermeisterin. Gibt es Gegenstimmen? - Auch hier stimmen AfD und pro Köln dagegen. Damit ist es so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

8.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2016 und 2017 1698/2016

Diesem Stellenplan wurde im Finanzausschuss einstimmig zugestimmt.

Wer stimmt dafür? - Das sind die SPD, die Grünen, die Piraten, Deine Freunde, die CDU, Herr Wortmann, die Linke und die FDP. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Von pro Köln. Damit ist das so beschlossen.

Nun rufe ich den Tagesordnungspunkt, zu dem eben ausführlich debattiert wurde, auf:

9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2016/2017 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2020 2221/2016

Meine Damen und Herren, wir stimmen hier wie im Finanzausschuss und im JHA ab.

Wer stimmt dafür? - Das sind die Grünen, Deine Freunde, die CDU, die FDP, Herr Wortmann und

die Oberbürgermeisterin. Gegenstimmen? - Bei Gegenstimmen der SPD, der AfD, von pro Köln, der Linken und der Piraten ist das so beschlossen, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und der FDP sowie von Walter Wortmann [Freie Wähler Köln])

Wir kommen jetzt zum **Teil B** unserer Tagesordnung.

Ich rufe auf:

10 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt 1992/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1190/2016

Die Vorlage 1992/2016 wurde in der Ratssitzung vom 28. Juni 2016 zurückgestellt.

Ich bitte um Wortmeldungen, meine Damen und Herren. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Wir hatten in der Ratssitzung am Dienstag dazu eine interessante und lebhafte Debatte. Es wurden Fragen gestellt, die durch eine gestern um 18.46 Uhr per E-Mail versandte Mitteilung der Verwaltung beantwortet wurden - aber eben nur zum Teil. Auf der unnummerierten letzten Seite der Mitteilung befindet sich folgende Aussage - Zitat -:

Die Antwort der Verwaltung auf die in der Sitzung durch Herrn RM Brust gestellte Frage nach dem Materialvergleich der Beschlussvariante von Herrn Prof. Benner sowie dem Vorschlag von Herrn Sieverts aus dessen E-Mail vom 27.06.2016 wird so schnell wie möglich nachgereicht.

Diese Fragestellung ist nicht marginal; denn es geht letztlich darum, in welcher Variante die notwendige Sanierung zur Gefahrenabwehr durchgeführt werden kann. Deshalb ist es schon wichtig, dass es dazu hier eine Aussage der Fachverwaltung bzw. der zurate gezogenen Fachleute gibt. Insofern möchte ich darum bitten, Frau Oberbürgermeisterin, dass diese Möglichkeit hier gegeben wird.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt weitere Wortmeldungen. Ich würde sie gerne erst einmal sammeln. Frau Halberstadt-Kausch, bitte.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Es wurde nach Wortmeldungen gefragt und nicht nach Fragen. Deshalb darf ich mich hier zu Wort melden und jetzt vielleicht auch beginnen.

Ich gebe ja zu, dass das Gutachten sehr umfangreich war. Vielleicht hat es nicht jeder gelesen. Wenn man es intensiv studiert hat, konnte man aber nur zu dem Schluss kommen, dass die Halde umgehend saniert werden muss, um die Menschen, die in der Umgebung leben, nicht an Leib und Leben zu gefährden. Es spielt dabei auch keine Rolle, ob der Kalkberg heute, morgen oder, wenn wir ganz großes Glück haben, in nächster Zeit gar nicht abrutscht. Die Gutachter sagen: Es besteht große Gefahr, dass dieses Szenario eintritt.

Wenn Sie in einem Erdbebengebiet wohnen, fragen Sie auch nicht, an welchem Termin das Erdbeben eintritt. Dann handeln Sie vorsorgend, um die Menschen, die dort leben, nicht zu gefährden.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss die Verwaltung nach diesem Gutachten, das wirklich ausführlich war, jetzt handeln. Wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter dieser Stadt stehen in der Verantwortung, dies auch mitzutragen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Petelkau, Sie haben uns in Ihrer Haushaltsrede eben vorgeworfen, dass wir Opposition machen und nicht bei allem mitstimmen, was wir auch für richtig halten.

Hier machen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Grün, Opposition.

(Michael Frenzel [SPD]: Hört! Hört!)

Sie saugen sich ständig neue Nachfragen aus den Fingern, obwohl die Antworten sich zum großen Teil aus der Vorlage und aus dem Gutachten ergeben. Auch jetzt habe ich den Eindruck, dass Sie es wieder schieben wollen, um sich nicht Ihrer Verantwortung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie lassen hier die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin, die von Ihnen unterstützt wurde, im Regen stehen und verweigern sich der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD-Fraktion stellen uns der Verantwortung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist ja etwas Neues!)

Wir wollen keine Menschen gefährden und stimmen der Vorlage zu - mit der ausdrücklichen Betonung, dass wir damit nicht über die weitere Verwendung oder Nutzung des Kalkbergs abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aha!)

In der Überschrift der Vorlage ist nämlich auch von der „nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs“ die Rede.

(Beifall bei der SPD - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch reiner Opportunismus!)

Auch wir warten auf die von den meisten von uns geforderte substanzielle Prüfung alternativer Standorte. Wenn das Ergebnis dieser Prüfung vorliegt, dann haben wir eine Grundlage, um über einen Standort für die Hubschrauberstation zu entscheiden.

Aus diesem Grund müssen wir heute den Änderungsantrag der Linken, die diese Entscheidung vorwegnehmen wollen, ablehnen.

Aber wir bitten Sie nachdrücklich: Stellen Sie sich der Verantwortung, und reichen Sie nicht weiter Fragen ein, deren Antworten sich zum großen Teil wirklich ergeben. Stellen Sie sich heute der Verantwortung, und stimmen Sie der Vorlage der Verwaltung zu. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Kockerbeck vorliegen. Danach würde ich gerne Herrn Professor Benner, der anwesend ist, zu Wort kommen lassen, meine Damen und Herren.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das erwarten wir, ja!)

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben unseren Änderungsantrag, der bei mehreren Ausschusssitzungen vorlag und in die heutige Sitzung weitergereicht wurde, zurückgezogen.

Wir wollen Verantwortung dafür übernehmen, dass die Bevölkerung der umliegenden Stadtviertel Buchforst und Kalk dadurch geschützt wird, dass notwendige Maßnahmen zur Gefahrenabwehr getroffen werden.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Das schließt nicht aus, dass wir heute noch besser über die vorliegenden Sanierungspläne informiert werden; denn da haben wir durchaus auch noch Fragen.

Für uns ist es ein Problem, dass in der Vorlage das Wort „nutzungsunabhängig“ steht. Deshalb stellen wir heute folgenden neuen Änderungsantrag:

Der Kalkberg wird als möglicher Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation endgültig aufgegeben. Die Hubschrauberbetriebsstation wird an einem alternativen Standort geplant und realisiert.

(Beifall bei der Linken, Deinen Freunden und den Piraten - Jörg Detjen [Die Linke.]: Diesen Antrag stellen wir gemeinsam!)

Das ist keine Vorwegnahme einer Entscheidung, liebe Kollegin Halberstadt-Kausch. Vielmehr würde es sich dabei um das Ergebnis eines monatelangen Diskussionsprozesses und eines jahrelangen Leidensprozesses mit diesem Projekt handeln.

In einer Vielzahl von Sitzungen haben wir beraten. Ständig erreichten uns neue Meldungen. Zuletzt gab es die Meldung: Proben aus Explorationsbohrungen wurden nicht an das Umweltamt weitergegeben; nun muss neu gebohrt werden, damit Umweltaspekte untersucht werden können. - Das ist nicht in Ordnung. Solche Meldungen treiben uns natürlich um.

So etwas belastet die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Rat. Das können wir aber nicht gebrauchen. Wir können kein Klima des Misstrauens gebrauchen, sondern müssen dringend notwendige Maßnahmen zur Stabilisierung des Kalkbergs jetzt treffen und einleiten, damit sie bis zum Ende dieses Jahres abgeschlossen sind.

Deshalb bitten wir alle Fraktionen: Schaffen Sie für die weiteren Notmaßnahmen, die getroffen werden müssen, eine klare Geschäftsgrundlage. Fassen Sie endlich den Grundsatzbeschluss, das Projekt einer Hubschrauberstation auf dem Kalkberg endgültig aufzugeben.

(Beifall bei der Linken, Deinen Freunden und den Piraten)

Die besorgten und aufgebrachtten Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Stadtviertel und der Region Köln werden es uns danken, dass wir nicht mehr solche von Misstrauen geprägten Ausschusssitzungen und Ratssitzungen haben werden, sondern dass wir gemeinsam anpacken können. Beenden wir heute endgültig das unrealistische Bauprojekt, und treffen wir Maßnahmen zur Gefahrenabwehr. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken, Deinen Freunden und den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Professor Benner, vielen Dank dafür, dass Sie hier sind. Ich würde Ihnen gerne das Wort geben, um die Frage von Herrn Frank zu beantworten.

Prof. Dr. Lutz-Heinrich Benner: Guten Tag! Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Entschuldigen Sie bitte mein Outfit. Man hat mich gerade von einer Baustelle geholt.

Darf ich Ihre Frage noch einmal im Detail hören? Denn für mich steckten mehrere Fragen in dieser Formulierung. Dann kann ich eine nach der anderen beantworten.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich weiß nicht, ob Sie die Unterlage der Verwaltung vorliegen haben. Jedenfalls haben Sie ja eine Alternativmethode vorgeschlagen, wie die Stabilisierung der Altlast möglich ist. Da geht es um das Abtragen der Kuppe. Das ist derzeit die Kernfrage, weil es darum geht, ob wir damit weiterkommen. Gleichzeitig steht natürlich die Frage der Wirtschaftlichkeit im Raum. Beide Fragen wären hier auch zu stellen.

Prof. Dr. Lutz-Heinrich Benner: Vielen Dank für die Frage. Ich kann sie gerne beantworten.

Generell kann ich eindeutig sagen: Es ist machbar, dieses Material, dieses Deponat, das

zwischen 60 und 74 Metern liegt, abzuräumen - bis auf die letzten 4 Meter; die brauche ich weiterhin zur Stabilisierung des Kalkschlamms, der darunter liegt. Dieses Material kann ich, geotechnisch gesehen, dort im Rand einbauen.

Erst einmal hört sich das ganz einfach an. Im zweiten Schritt ist es etwas komplizierter. Dieses Material hat nämlich andere Scherparameter, einen anderen Reibungswinkel und eine andere Kohäsion.

Das hat zur Folge - jetzt muss ich ins Detail gehen -, dass dieses Material am Westflügel ohne Probleme eingebaut werden kann. Sie können ihn allerdings nicht mehr so steil konstruieren, wie wir es angedacht haben. Statt 1 : 2 müssen Sie einen Winkel von - ich sage jetzt einfach einmal geschossen eine Zahl - 1 : 2,5 nehmen. Das heißt, dass die Böschung flacher wird, weiter nach außen geht und damit näher an die Bahngleise herankommt. Geotechnisch ist das aber überhaupt kein Problem.

Am Ostflügel haben wir Neigungen - Stichwort „Reibungswinkel“ - von nicht mehr 36 Grad, sondern nur noch 29 Grad. Dort können Sie das eins zu eins so hinbauen, wie wir es auch konstruiert haben. Das heißt, dass Sie dieses Material gegenüber dem, was angedacht war, substituieren und es da einbauen können. Das ist also auch kein Problem.

Jetzt kommen wir aber zum Bauabschnitt Los 2 respektive Los 3. Wenn Sie dort dieses Material einsetzen wollen, können Sie nicht mehr, wie geplant, an der Grenze des Kalkberges auf Höhe des Weges zum Kalkberg die Mauer bzw. die Wand setzen, sondern müssen, weil der Reibungswinkel nicht ausreicht - ich nenne jetzt eine geschätzte Zahl -, 3, 4 oder 5 Meter nach außen gehen. Das heißt, dass sowohl der Weg als auch ein Streifen des Bolzplatzes entfallen würden.

Hinzu kommt allerdings noch ein schwieriger Punkt. Sie sind dann bei einem Haus zur Karlsruher Straße hin - der Kollege hat es gerade einmal nachgemessen - nur 2 bis 3 Meter von dem Haus entfernt. Sie müssen sich das folgendermaßen vorstellen: Das Haus steht so da, wie es ist. In 2 bis 3 Meter Entfernung gibt es dann eine circa 3 Meter hohe Betonwand.

Dann könnten Sie zwar immer noch sagen, dass das schon passt. Jetzt kommt aber das nächste Problem. Dadurch, dass Sie gewaltige Erdmassen aufbringen, verfügen Sie über eine Konsolidation des Untergrundes - gar nicht des Materials, das Sie hinbringen, sondern des Untergrundes.

des. Das führt am Ende dann wieder zu erdstatischen Problemen bezogen auf das Haus.

Das war das einfache Problem. Jetzt kommt das richtige Problem. Da bin ich an der Wasserhebstation. Wir sind aufgrund der Morphologie schon jetzt gezwungen, nach Andenken unseres Materials, dass wir in der Spitze einbauen wollen, auf der Grundstücksgrenze der Halde gegenüber dem Wasserhebewerk eine Spundwand zu konstruieren, die 5,50 Meter aus der Erde herausguckt. Wir können sie nicht unendlich tief in den Untergrund einbinden, weil Frau Brammen-Petry gesagt hat - das können wir auch nachvollziehen -, dass wir den Grundwasserabstrom nicht aufhalten dürfen. Wir können nicht tief einbinden, weil wir sonst den Grundwasserstrom aufhalten würden. Dieser Aufstau des Grundwassers würde zu einem nassen Fuß des Kalkbergs führen. Das ist ganz tödlich. Also haben wir nur eine begrenzte Eindringtiefe.

Außerdem müssen wir schon bei unserem Material, das angedacht war, mit „toten Männern“ arbeiten. „Tote Männer“ sind Stangen, die in der Spundwand stecken. Das werden Sie an Schloßern sicherlich schon einmal gesehen haben. Dort gibt es häufig Spundwände, die soundso viele Meter in den Berg hineingehen. Dahinter kommen dann Wände - wir nennen sie „tote Männer“ -, an denen eine Rückverankerung der Spundwände stattfinden muss, weil wir eben so und nicht anders konstruieren.

Würden Sie jetzt ein schlechteres Material nehmen, wären wir mit unserem Latein fast am Ende. Das geht eigentlich nicht mehr. Gehen tut zwar alles. Dann stehen wir aber vor richtigen, riesigen technischen Problemen. Ich weiß nicht, ob sie in dieser Form gestemmt werden können. Möglicherweise muss dann sogar das Hebewerk versetzt werden, weil wir auch gewisse bodenmechanische Bewegungen dort nicht ausschließen können.

Jetzt komme ich noch einmal auf die Verwendung des Materials zurück. Sie könnten ja sinnigerweise sagen: Dann nehmen wir doch im Bereich von Los 2 und 3 anderes Material. Damit haben wir sowohl das Problem Haus als auch das Problem Hebewerk gelöst.

Natürlich kann man das machen. Dann stehen Sie aber vor dem nächsten Problem. In diesem Fall haben Sie nämlich einen Überschuss von Deponat. Dieses Deponat müssen Sie entsorgen. Ich kenne die Preise in Köln nicht. Bei uns im Ruhrgebiet liegen sie bei ungefähr 150 bis 180 Euro pro Kubikmeter. Gehen Sie bitte einmal

davon aus, dass wir dann 10 000 bis 12 000 Kubikmeter entsorgen müssen. Mit einem einfachen Dreisatz komme ich also auf 1,5 bis 2 Millionen Euro Entsorgungskosten.

Damit will ich nur Folgendes sagen: Geotechnisch machbar ist am Ende alles. Wenn man diesen Weg einschlägt, der technisch möglich ist, sollte man sich aber über die Konsequenzen seines Handelns bewusst sein; denn das zieht möglicherweise irre Kosten nach sich, die nach meinem Gefühl momentan keiner auf dem Schirm hat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Nachfrage von Herrn Brust direkt dazu.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Benner, was Sie jetzt gesagt haben, haben Sie ja ungefähr so auch im Umweltausschuss dargelegt. Das schien uns damals auch einleuchtend zu sein.

Die entscheidende Frage ist ja: Stimmt es, dass die Scherparameter anders sind? Von der Bürgerinitiative gibt es dazu eine E-Mail mit Auszügen aus Ihrem Gutachten. Darin steht, dass die Scherparameter eben nicht anders sind, sondern dass die Scherparameter des Materials auf der Kuppe und die Scherparameter des externen Materials, das Sie einbauen wollen, gleich sind.

Dazu hätten wir von Ihnen gerne gehört, ob die BI da etwas falsch verstanden hat oder wie Sie das bewerten.

Prof. Dr. Lutz-Heinrich Benner: Das kann ich Ihnen ganz einfach beantworten. Das Einzige, was wir bis dato gemacht haben, als wir dieses Deponat abgeräumt haben, war, dass wir in der Universität Freiburg - in Deutschland gibt es nur zwei Stellen, die das können; die andere Stelle ist die RWTH Aachen - einen Großkastenscherversuch gefahren haben. Es muss ein Großkastenscherversuch, 50 mal 50, sein. Mit den standardmäßigen 30 mal 30, die wir haben, funktioniert das nicht. Da haben wir einen einzigen Versuch gefahren.

Dazu kann ich nur Folgendes sagen: Das Material ist nicht homogen isotrop. Wenn Sie, sagen wir einmal, zehn Scherversuche fahren würden, hätten Sie daher eine sehr große Spannweite der Ergebnisse. Vor diesem Hintergrund müssen Sie bei einem solchen Deponat, das nicht homogen isotrop ist, gewisse Sicherheitsspielräume

vorsehen, weil Sie nie die durchgehende Qualität dieses Materials gewährleisten können.

Wenn wir alternativ zum Beispiel aus einem Steinbruch Material nehmen, dann ist gewährleistet, dass dieses Material weitgehend gleich ist - plus/minus. Auch da gibt es Unterschiede. Deswegen haben wir auch da gewisse Sicherheitszuschläge vorgesehen.

Aber beim Deponat haben wir alleine durch die Bohrungen gesehen - die Kernkisten existieren ja immer noch -, dass dort mal Aschepartien und mal Schlackepartien drin sind und dass dort auch andere Dinge - Metallteile, Tücher, Lappen und, und, und - enthalten sind. Dann ist für einen Geotechniker sehr schwer einzuschätzen, ob dieses Material durchgehend diese Leistung durchhält. Das ist unser Problem dabei.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Rückfragen an Herrn Professor Benner? - Das ist nicht der Fall.

Dann bedanke ich mich herzlich bei Ihnen, Herr Professor Benner.

(Beifall)

Herr Frank, bitte, und danach Frau Welcker.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, die Ausführungen, die wir eben gehört haben, waren für uns sehr wichtig. Wir wollen uns aber noch einmal kurz darüber beraten; denn wir überlegen natürlich auch, wie wir uns in richtiger Weise der Verantwortung stellen. Deshalb möchte ich um eine Auszeit von maximal zehn Minuten bitten - am Schluss der Beratung. Die Beratung kann jetzt natürlich noch weitergehen. Bevor wir in eine weitere Abstimmung eintreten, hätten wir aber gerne eine solche Auszeit. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Dann rufe ich Frau Welcker auf, weil um die Unterbrechung nach Abschluss der Beratung gebeten worden ist.

(Katharina Welcker [CDU]: Ich wollte nicht beraten! Ich wollte ein Abschlussstatement abgeben!)

- Okay. - Dann frage ich jetzt noch einmal: Gibt es Wortmeldungen, die der Beratung dienen sollen? - Das ist nicht der Fall.

Dann unterbreche ich die Sitzung für zehn Minuten, meine Damen und Herren.

(Unterbrechung von
12.07 bis 12.29 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Die Ratssitzung wird fortgesetzt. Wir nehmen die Beratungen wieder auf. - Ich rufe zunächst Herrn Frank auf, der sich zu Wort gemeldet hat.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Wir setzen jetzt ja die Beratungen fort. Ich möchte zu dem Gesamtsachverhalt kurz Stellung nehmen.

Wir haben die Aussagen, die Herr Professor Benner eben getroffen hat, bei uns noch einmal eingehend diskutiert, auch vor dem Hintergrund der bei uns erfolgten Gesamtdebatte, und kommen zu dem Schluss, dass die durch die Verwaltungsvorlage dargelegten Maßnahmen zur dringenden Sanierung der Westseite zur Gefahrenabwehr notwendig sind. Wir werden also diesen Beschluss unterstützen, wenn er gleich gefasst wird. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass wir aber nach wie vor bemängeln, dass Aufgaben, die der Rat in dieser Frage beschlossen hat und mit denen er die Verwaltung beauftragt hat, bis heute nicht abgearbeitet sind.

Das betrifft sicherlich die Frage der Alternativstandorte.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist aber auch, zu prüfen, inwieweit Regressmöglichkeiten gegenüber den Gutachtern bestehen, die damals erklärt haben, dass es sich hier um eine Altlast handele, die mehr oder weniger leicht kontrollierbar sei und für diese Station auch die nötige Fundierung gebe. Offensichtlich - das kann ja jeder nachlesen - widersprechen die Aussagen der heutigen Gutachten den damaligen Gutachten. Ich gehe davon aus, dass die damaligen Gutachten offensichtlich nicht sorgfältig genug waren. Dies muss nachgeprüft werden. Hier entstehen ja sehr hohe Kosten. Es muss nachgeprüft werden, inwieweit die damaligen Gutachter und sonstigen Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir wissen, dass es um Verjährungsfristen geht und dass es eine Reihe von juristischen Randbedingungen gibt, die zu beachten sind. Das ist keine Sache,

die man einfach vor sich herschieben kann. Da erwarten wir ein schnelles Handeln der Verwaltung.

Der dritte Punkt ist folgender: Mit der Frage der notwendigen Sanierung zur Gefahrenabwehr ist in der öffentlichen Diskussion immer auch die Frage verbunden, ob die Rettungshubschrauberstation auf dem Kalkberg eine Zukunft hat oder nicht. Viele gehen davon aus, dass das nicht der Fall ist. In unserer Fraktion überwiegen auch die Zweifel.

Über diese Frage entscheiden wir heute aber nicht. Wir entscheiden heute ausschließlich über unabdingbare Sanierungsmaßnahmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb beantragen wir für unsere Fraktion, die Entscheidung über diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt zu treffen. Wir werden sie treffen müssen; das ist klar. Das wollen wir aber vor dem Hintergrund der notwendigen Untersuchungen machen, die von der Verwaltung ja noch nicht durchgeführt worden sind.

Diesen Antrag stelle ich hier, weil vonseiten der Linken ja der Antrag gestellt wurde, diese Frage heute zu entscheiden. Das halten wir aus vielen Gründen für den falschen Zeitpunkt. Damit können wir dann in eine klare Abstimmung eintreten und wissen auch, wofür wir uns heute entscheiden und welche Entscheidung wir zu einem späteren Zeitpunkt treffen müssen. - So weit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es gibt einen gemeinsamen Änderungsantrag von Linken, Piraten und Freien Wählern, also einen Antrag von drei Gruppierungen. Dieser Antrag lautet - ich lese ihn noch einmal vor, damit Sie ihn wieder in Erinnerung haben; er ist ja auch kurz -:

Unter Punkt 0 soll eingefügt werden:

Der Kalkberg wird als möglicher Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation endgültig aufgegeben. Die Hubschrauberbetriebsstation wird an einem alternativen Standort geplant und realisiert.

Wir sind der Meinung, dass dieser Beschluss genau an diese Stelle gehört.

Ich habe Herrn Professor Benner noch einmal gefragt, was denn geschieht, wenn diese Baustelle fertig ist, was ja mindestens ein Jahr dauern wird. Dann wird man zehn Jahre lang jedes Vierteljahr messen, ob sich etwas verändert hat.

Meine Damen und Herren, Sie glauben doch nicht, dass an dieser Stelle jemals noch ein Hubschrauberlandeplatz gebaut wird. Ich glaube das keinesfalls.

(Beifall bei der Linken und den Piraten)

Bei der ganzen Diskussion, die wir hier führen, handelt es sich ja um eine Art Verschwörungstheorie, die uns alle ein bisschen ergriffen hat. Sie funktioniert folgendermaßen: Herr Kahlen will den Kalkberg irgendwie so sanieren, dass man hinterher doch den Hubschrauberlandeplatz darauf bauen kann.

Dass das nicht so ist, sondern dass der Kalkberg so oder so saniert werden muss, ist doch klar.

Wenn wir hier und heute eine klare Entscheidung treffen, kommt auch wieder Ruhe in den Laden hinein.

(Beifall bei der Linken)

Solange nicht klar ist, wie die Zukunft auf diesem Berg aussieht, werden wir immer Unruhe und Chaos haben und wird keine ordentliche Diskussion darüber stattfinden. Deswegen fordere ich Sie auf, Ihren Beschluss, den Sie damals gefasst haben, diesen Hubschrauberlandeplatz da zu bauen, nach diesen vielen Ereignissen zu revidieren. Das war nicht geplant. Ich will jetzt auch keine Kritik üben und sagen, dass Sie dafür zuständig seien. Aber das ist ja ein Ratsbeschluss. Insofern sagen wir: Jetzt setzen wir ihn aus.

Ich glaube, dass heute der Zeitpunkt gekommen ist, zu sagen, dass wir an dieser Stelle Schluss machen. Das wird dazu führen, dass wir eine ruhige Baustelle bekommen, das Chaos verschwindet und die verschiedenen Verschwörungstheorien zur Seite gelegt werden. Wenn damit klar ist, dass der Hubschrauberlandeplatz nicht an diese Stelle kommt, hat die Verwaltung auch Zeit, sich um einen anderen Platz zu bemühen, die entsprechenden Anträge zu stellen, die ja lange dauern, usw. Das ist uns alles bekannt, Herr Kahlen. Aber an dieser Stelle darf es diesen Hubschrauberlandeplatz nicht mehr geben. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker, bitte.

Katharina Welcker (CDU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Herr Detjen, für Verschwörungstheorien haben wir in meiner Fraktion gar keine Zeit. Wir beschäftigen uns gerade mit dem Chaos am Kalkberg. Insofern brauchen wir auch keine Verschwörungstheorien.

Ich glaube, dass es hier viel Verwirrung vor Ort gibt, und halte es für notwendig, diese Verwirrung aufzulösen. Wir müssen uns da auf einen anderen, besseren Weg machen. Kommunikation heißt nicht nur, Informationen irgendwie irgendwohin zu leiten; Kommunikation heißt auch, gerichtete Informationen zu geben, zielgerichtete Fragen zu stellen und miteinander an Lösungen zu arbeiten. Dafür ist die Verwaltung da, und dafür sind wir gewählt.

Diese Verantwortung werden wir heute auch hier übernehmen. Das ist für die CDU überhaupt keine Frage. Wir sind gewählt, um Verantwortung zu übernehmen. Dafür sind wir angetreten, und darauf sind wir stolz. Das werden wir heute auch hier tun.

Wichtig ist dabei aber - und deshalb hat es in der Vergangenheit diese Verzögerungen gegeben -, dass wir uns gemeinsam mit der Verwaltung auch sicher in den Dingen fühlen, die wir zu verantworten haben und für die wir Verantwortung übernehmen wollen. Da erwarten wir in der Zukunft mehr, als wir bisher bekommen haben. Das muss ich einmal ganz offen so sagen. Da fehlt uns einiges.

Der Kalkberg ist sicherlich mit der heutigen Diskussion und Debatte nicht abgeschlossen. Das ist auch gut so. Wir werden uns weiter damit beschäftigen, und wir werden weitere Informationen erhalten, die uns auch die Sicherheit geben, Entscheidungen mitzutragen, in Bezug auf die unsere Oberbürgermeisterin vor zwei Tagen noch ganz klar gesagt hat, dass sie, sollten wir sie nicht mittragen, sie auch alleine trägt.

Ich finde es toll, dass Sie diese Verantwortung übernehmen, Frau Oberbürgermeisterin. Sie stehen aber nicht alleine da. Wir stehen mit Ihnen da, wo Sie jetzt sind, und werden das mittragen.

(Peter Kron [SPD]: Na endlich!)

Trotzdem darf man vorher Fragen stellen. Es gab schon zu viele Dinge, die einfach mal in den Raum geworfen wurden und dann bei Nacht und Nebel mal eben so entschieden wurden. Ich frage mich, ob wir vielleicht so zu dem Kalkberg gekommen sind. Sicherlich wären vorher ein paar Fragen und ein paar Informationen, die man sich hätte einmal besorgen können, sinnvoll gewesen. Dann wären wir vielleicht heute nicht in diesem Dilemma. Das möchte ich auch einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Nun muss es gelöst werden. Wir stehen bereit, das auch zu tun. Das ist ganz klar.

Herr Detjen, wir werden aber nicht dem Änderungsantrag der Linken und der anderen Parteien, die sich dem angeschlossen haben, zustimmen, sondern wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen. Das ist ganz eindeutig. Schließlich haben wir auch den Auftrag gegeben, zunächst seriös zu prüfen, was für einen Hubschrauberlandeplatz, den die Stadt auch braucht, sinnvoll ist und nicht sinnvoll ist.

Wir werden uns natürlich auch die Ergebnisse nach der Sanierung oder während der Sanierung anschauen. In diesem Zusammenhang geht es auch darum, ob man den Kalkberg monitoren muss und ob man den Hubschrauberlandeplatz überhaupt auf einem solchen Berg errichten kann. Das gehört dann in das Gutachten, das wir von der Verwaltung dazu erwarten. Wenn sich dann herausstellt, dass es da nicht geht, ist das so in Ordnung. Dann muss man das mit in die Entscheidung einfließen lassen.

Wir können aber jetzt nicht wieder eine Nacht- und Nebel-Aktion oder eine Zwanzig-vor-zwölf- oder Zwanzig-vor-eins-Aktion hier durchziehen - nach dem Motto „Uns ist da noch etwas eingefallen“ -; denn genau mit so etwas müssen wir uns jetzt Jahre später wieder beschäftigen, um das wieder aufzuräumen.

Daher werden wir uns hier dem Antrag der Grünenfraktion anschließen.

(Zurufe von der Linken und der FDP:
Welchen Antrag von der Grünenfraktion?)

- Es geht um die Tatsache, dass wir diese Sache in eine spätere Diskussion verschieben wollen. Diesem Antrag werden wir zustimmen.

(Zurufe von der Linken und der FDP)

- Nein, nicht die Beschlussvorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hören Sie sich doch bitte gegenseitig zu, meine Damen und Herren.

Katharina Welcker (CDU): Ich meine nicht die Beschlussvorlage, sondern den Änderungsantrag der Linkenfraktion über den Hubschrauberlandeplatz.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir lehnen das ab!)

- Sie können das gerne ablehnen. Das ist ja Ihre Angelegenheit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe die Anträge ja noch gar nicht aufgerufen, meine Damen und Herren. Bitte hören Sie sich doch einmal in Ruhe zu.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

Katharina Welcker (CDU): Herr Breite, danke für diesen Wortbeitrag; aber jetzt haben Sie es oft genug gesagt.

Wir werden heute dieser Beschlussvorlage zustimmen. Wir werden das weiter begleiten. Wir wollen den Kalkberg jetzt endlich seriös und vernünftig abschließen. In diesem Zusammenhang erwarten wir von der Verwaltung mehr an Informationen und an strukturierter Weiterentwicklung. Aber wir werden uns heute dieser Lösung, die uns hier als Beschlussvorlage vorliegt, nicht verweigern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt weitere Wortmeldungen. Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben in unserer Fraktion auch intensive Diskussionen zum Kalkberg geführt. Am Dienstag waren wir schon bereit, der Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Wir werden ihr so zustimmen. Herr Kollege Frank hat gerade formuliert, dass wir heute darüber beschließen sollten. Das ist auch genau in

dem Sinne dessen, was Frau Welcker gesagt hat. Weil wir hier Verantwortung übernehmen wollen - die zu übernehmen einem im Moment wahrlich nicht leicht fällt -, werden wir das tun. Deswegen wird die FDP dieser Vorlage zustimmen und den Antrag der Linken ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Hoyer. - Ich möchte die Positionen jetzt noch einmal zusammenfassen. Die erste Position ist, dass heute keine Entscheidung getroffen werden soll und die Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden soll. Die zweite Position, die Position der Linken, ist, dass heute die Entscheidung getroffen werden soll, den Kalkberg als möglichen Standort für eine Hubschrauberbetriebsstation endgültig aufzugeben und diese an einem anderen Standort zu realisieren. - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Um Klarheit zu schaffen, präzisiere ich das noch einmal, weil sich die Aussagen von Frau Welcker, von Frau Hoyer und von uns überhaupt nicht widersprechen:

Wir haben eine Verwaltungsvorlage, die jetzt die Sanierung vorsieht. Dieser Verwaltungsvorlage stimmen wir zu. Und um protokollarische Klarheit zu schaffen, wird folgende Ergänzung vorweggeschickt:

Die nachfolgenden Maßnahmen

- gemeint sind die Sanierungsmaßnahmen -

beschließt der Rat zur standortunabhängigen Gefahrenabwehr. Über die Standortfrage der Rettungshubschrauberstation soll in einer der nächsten Sitzungen des Rates entschieden werden.

Das heißt: nicht heute. Diese Entscheidung steht so oder so an.

Damit haben wir Klarheit und haben uns auch klar positioniert. Insofern lehnen wir auch den Antrag der Linken ab; denn diese Entscheidung steht heute nicht an.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Dann möchte ich aber darum bitten, so darüber abstimmen zu lassen, dass wir der Verwaltungsvorlage auch zustimmen können. Dem Vorschlag von Herrn Frank können wir nicht zustimmen. Aber der Verwaltungsvorlage können wir zustimmen.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau dos Santos Herrmann, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es ja darum, dass wir der Verwaltung den Auftrag geben, die Sanierung des Kalkbergs voranzutreiben und Gefahren abzuwehren. Das ist das Allerwichtigste. Das steht im Vordergrund. Darüber gibt es hier ja auch keinen Dissens.

Was wir als SPD allerdings nicht nachvollziehen können, sind die jetzt zuletzt aufgeworfenen - in Anführungszeichen - „Fragen“. Ich sage das sehr bewusst so. Wir sind nämlich der Auffassung, dass das, was jetzt zuletzt diskutiert wurde, in Ihrer Verwaltungsvorlage bereits enthalten ist; denn Sie sagen, dass Sie weiter nach alternativen Standorten suchen wollen, den Kalkberg aber nicht ausschließen möchten. Genau das ist auch unsere Position. Selbstverständlich ist es richtig, auch nach alternativen Standorten zu suchen.

(Zurufe von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen] und Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

- Aber das ist doch genau ein Teil des Auftrags, den wir heute der Verwaltung mitgeben, meine Damen und Herren. Weil das so ist, schaffen Sie mit Ihrer Ergänzung nach meinem Eindruck eben keine Klarheit, sondern verunsichern zusätzlich.

Als SPD-Fraktion werden wir der Vorlage so, wie sie eingebracht wurde, zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann lasse ich in folgender Reihenfolge abstimmen: zunächst über den Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, dann über den Änderungsantrag der Linken und danach über die Vorlage in der vorliegenden Fassung - oder der geänderten Fassung; das muss man einmal abwarten.

Ich lasse also zunächst über den Ergänzungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen, dass eine Entscheidung über den Hubschrauberlandeplatz - das kann auch der Kalkberg sein - zu einem späteren Zeitpunkt getroffen wird. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von der Linken, pro Köln, Herrn Wortmann, der AfD und den Piraten. Die SPD-Fraktion entscheidet sich jetzt auch dagegen. Der Inhalt dieses Antrags ist, dass heute nicht über die Standortfrage entschieden wird. Sie wollen also heute über die Standortfrage - -

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Sie stimmen gegen den Antrag?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

- Gut. - Gibt es Enthaltungen, meine Damen und Herren? - Herr Scholz enthält sich. Damit ist das so beschlossen.

Damit entfällt der Änderungsantrag der Linken; denn beides geht nicht. Man kann ja entweder zu einem späteren Zeitpunkt oder heute darüber entscheiden.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben eben gesagt, dass wir in der von Ihnen genannten Reihenfolge über die Anträge abstimmen. Deswegen bitte ich Sie darum, jetzt über diesen Antrag abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber ich kann doch nicht über etwas abstimmen lassen, was sich in der Abstimmung davor erledigt hat, Herr Detjen. Es hat sich doch erledigt. Man kann heute ja nur entweder „Wir stimmen darüber ab“ oder „Wir stimmen nicht darüber ab“ sagen. Eben gab es eine Mehrheit dafür, dass nicht darüber abgestimmt wird. Dann kann ich jetzt doch nicht über das Gegenteil abstimmen lassen. Das geht ja nicht.

(Beifall von Niklas Kienitz [CDU])

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin, dann hätten Sie anders abstimmen lassen können. Ich habe Ihren Worten vertraut. Deswegen war es mir dann egal, worüber zuerst abgestimmt wird. Aber wenn das so läuft, dann kann ich nur sagen: Gute Nacht, Marie.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber es hätte doch gar nichts geändert, Herr Detjen. Wir sprechen gleich noch einmal darüber.

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.]

- Meine Damen und Herren, wir können hier nicht so lange abstimmen lassen, bis uns das Ergebnis gefällt. Das bitte ich jetzt einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen - Michael Weisenstein [Die Linke.]: Der Antrag der Linken war der weiter gehende! - Gegenrufe von der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte jetzt gerne über die Vorlage der Verwaltung in der geänderten Fassung abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von der AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich habe keinen weiteren Tagesordnungspunkt. Die Sitzung ist beendet. - Vielen Dank.

(Schluss: 12.50 Uhr)